

Grosser Gemeinderat

Worb, 22. Juni 2021

404. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 21. Juni 2021, 19:30 Uhr
Sitzungsende	23:40 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Leitung	Fivian Bruno (SVP), Präsident
1. Vizepräsident	Suter Michael (FDP)
2. Vizepräsident	Santschi Jürg (BDP)
1. Stimmzähler	Federer Guido (SP)
2. Stimmzähler	Zingg Stephan (SVP)
Mitglieder	Cetin Mayk (EVP) Moser-Utiger Silvia (EVP) Stauffer Michael (EVP) Stöckli Rolf (EVP) Christensen Sven (FDP) Köl liker Lenka (FDP) Lanfranconi Elena (FDP) Marchand Andy (FDP) Stucki Daniel (FDP) Jorio Marco (GLP) Jost-Pfister Catarina (GLP) Moser Regina (CVP) Wyss Eduard (BDP) Zürcher Deborah (parteilos) Aebersold Daniel (SVP) Bigler Markus (SVP) Reber Markus (SVP) Steinmann Hans Ulrich (SVP) Stucki Simon (SVP) Bircher Andreas (SP) Büchel-Wampfler Sandra (SP) Cavargna Tiziano (SP) Flentje Burkhard Sibylle (Grüne) Gerber-Maillefer Myriam (Grüne) Goetschi Thomas (SP) Heil Günter (Grüne) Hodler Adrian (SP) Marthaler Matthias (SP) Von Arx Roland (Grüne) Wenger Claude (Grüne)
Abwesend	Günther Paula (Grüne) Hofer Thomas (BDP)

Kohli Stephan (SVP)
Rothenbühler Marc (FDP)
Schweizer Hans Peter (FDP)

Gemeinderat Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident
Gerber Urs
Hauser Adrian
Lädrach Markus
Moser Christoph
Waber Karin
Wermuth Bruno

Abteilungsleitende Reusser Christian, Gemeindeschreiber
Thöni Urs, Leiter der Bauabteilung
Weil Jonas, Leiter der Finanzabteilung

Sekretariat Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Protokoll Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Geschäfte

1. 12/0/0 Parlament
Mitteilungen
2. 12/0/0 Parlament
Protokoll der Sitzung vom 17. Mai 2021: Genehmigung
3. 12/10/7 Verwaltungsberichte
Verwaltungsbericht 2020: Genehmigung
4. 21/20 Gemeinderechnungen
Gemeinderechnung 2020: Genehmigung
5. 31/62 Ortsmarketing
"Standortmarketing Worb - Wie weiter?", Postulat der FDP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
6. 32/2/6 Schulanlage Wattenwil-Bangerten (Parzelle 34)
Schulanlage Wattenwil-Bangerten; Einbau Gemeinschaftsraum: Nachkreditbewilligung
7. 35/60 Umweltschutz
Kommunale Energiepolitik; Reglement über die Spezialfinanzierung Nachhaltigkeit im Energiebereich (SNE): Genehmigung
8. 12/0/0 Parlament
Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

Traktandenliste

Ratspräsident Fivian Bruno: Am 17. Mai 2021 vor der letzten Sitzung des Grossen Gemeinderates ist eine als dringlich bezeichnete Interpellation der FDP-Fraktion mit dem Titel "Verkehrschao in Worb; was tut die Gemeinde?" eingegangen. Gemäss Art. 53 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vom 13. November 2000 werden die als dringlich bezeichneten Vorstösse dem GGR zu Beginn der Sitzung zum Entscheid über die Dringlicherklärung vorgelegt. Die Urheberinnen und Urheber, jedoch nur eine Person pro Vorstoss, begründen die Dringlichkeit an der Sitzung kurz. Da diese Interpellation nach 14.00 Uhr vor der letzten Sitzung eingereicht wurde, wird erst an der heutigen Sitzung über die Dringlicherklärung befunden. Sofern der Rat die Dringlichkeit bejaht, werden die so bezeichneten Vorstösse für die nächste Sitzung traktandiert. Die Beantwortung kann auch mündlich erfolgen.

Dringliche Interpellation der FDP-Fraktion mit dem Titel "Verkehrschao in Worb; was tut die Gemeinde?"

Suter Michael, FDP: Ich kann mich ganz kurz halten. Wir haben diese Interpellation eingereicht. Da geht es nur darum, dass sich die Gemeinde zur Verkehrssituation äussert. Die Verkehrssituation ist aktuell und beschäftigt jetzt, man kann dies auch den Medien entnehmen. Man hatte jetzt bereits eine Sitzung Zeit, sich mit dieser zu beschäftigen. Die nächste Sitzung des GGR ist am 13. September geplant. Wir wären sehr froh, wenn wir dann Antworten auf die Fragen hätten. Es ist noch die Sommerpause dazwischen. Aus meiner Sicht ist es absolut verhältnismässig, dass sich die Verwaltung bis dann den Fragen annimmt. Wir möchten eigentlich nicht mit der Beantwortung von diesen Fragen bis im Oktober warten. Daher ersuche ich euch höflich, hier die Dringlichkeit zu bejahen. Inhaltlich äussere ich mich wie gesagt nicht dazu, ausser, dass es um ein aktuelles Thema geht, um die Verkehrsmassnahmen im Zusammenhang mit der Strassensanierung im Worber Dorf. Besten Dank für eure Unterstützung.

Beschluss:

Die Interpellation der FDP-Fraktion mit dem Titel "Verkehrschao in Worb; was tut die Gemeinde?" wird als dringlich erklärt.

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt ansonsten unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 404	21.06.2021	1	2021/24-33	143	12/0/0

Ratspräsident Fivian Bruno: Wie bereits angetönt, wird es heute wohl eine lange Sitzung geben. Da die Meisten bereits vor einer Stunde hier waren, sehe ich das Vorgehen des heutigen Abends wie folgt: Wir werden an diesem 21. Juni 2021 plus/minus um 21.00 Uhr eine Pause machen und ich werde die Sitzung nach einer viertel Stunde wieder eröffnen und plus/minus um 22.30 Uhr beenden, sollte sie so viel oder länger andauern. Dies wären drei Stunden und ich denke, dies wäre zumutbar.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Ich habe eine Mitteilung und zwar betrifft diese das diesjährige Wirtschaftsapéro. Der Gemeinderat hat die feste Absicht, das durchzuführen und dies ist für am Donnerstag, 2. September vorgesehen. Der Rückzug der Pandemie stimmt uns zuversichtlich, dass man diesen Anlass normal durchführen kann. Wir konnten als Referentin Frau Susan Shaw gewinnen. Sie ist Geschäftsführerin der Gesellschaft für Innovative Marktforschung. Der Titel ihres Vortrages lautet "Einkaufen 4.0". Wir werden euch

selbstverständlich eine schriftliche Einladung zustellen. Ich bitte euch trotzdem, den Termin schon jetzt bei euch einzutragen. Donnerstag, 2. September 2021, wir beginnen wie immer um 18.30 Uhr.

Protokoll der Sitzung vom 17. Mai 2021: Genehmigung

Sitzung Nr. 404	Datum 21.06.2021	Traktandum 2	Beschlussnummer 2021/24-34	Geschäftsnummer 144	Archivnummer 12/0/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	------------------------	------------------------

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Verwaltungsbericht 2020: Genehmigung

Sitzung Nr. 404	Datum 21.06.2021	Traktandum 3	Beschlussnummer 2021/24-35	Geschäftsnummer 361	Archivnummer 12/10/7
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	------------------------	-------------------------

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

Moser-Utiger Silvia, ASK: Die ASK empfiehlt den Verwaltungsbericht 2020 zu genehmigen. Er ist sehr umfassend und gibt ausführlich Auskunft über die verschiedenen Departemente. Die übersichtliche und farbige Darstellung wird sehr begrüsst und die Arbeit wird bestens verdankt. Wir werden unsere Fragen zum Bericht gerne im Rahmen der kapitelweisen Beratung einbringen.

Jorio Marco, GPK: Die GPK lässt der ASK bei der materiellen Behandlung von dem umfangreichen Verwaltungsbericht den Vortritt. Wir werden also nichts zu den einzelnen Punkten sagen. Trotzdem haben auch wir uns mit dem Verwaltungsbericht beschäftigt. Wir glauben tatsächlich, dass in den letzten Jahren Fortschritte gemacht wurden. Vor allem stimmen die Ziele und die Angaben zur Zielerreichung recht gut oder immer besser überein. Das Ampelsystem mit rot, orange und grün gefällt uns besonders gut. Es ist übersichtlich und könnte auch anderen Orten zur Lesbarkeit der Dokumente beitragen. Zum Beispiel bei den Finanzkennzahlen, dazu kommen wir ja noch. Unzufrieden sind wir jedoch, wie über den GGR berichtet wird. Wir haben diesen einmal angeschaut. Eigentlich wird über den GGR, über uns, gar nichts oder fast nichts gesagt. Im Kapitel GGR findet man nur einen Abschnitt über die ASK, was sie gemacht hat, nicht aber über die GPK. Diese existiert nämlich gar nicht. Zudem findet man eine Liste mit den unerledigten Vorstössen und den Vorstössen, die man abschreiben muss, mit sehr langen ausführlichen Erklärungen. Aber zum Beispiel die überwiesenen Vorstösse fehlen und sind nicht vorhanden. Es wird auch nicht gesagt, wie oft, sich das Parlament versammelt hat, welche Geschäfte behandelt worden sind und so wahnsinnig viele sind es ja eigentlich nicht und auch nichts über personelle Veränderungen, Eintritte und Austritte. Wenn ich als Historiker einmal die Geschichte von Worb bearbeite, sind die Verwaltungsberichte richtige Fundgruben. Man findet Informationen über alles Mögliche, Wasserverbrauch, Alt- und Speisölabfall in Kilo, die Ausleihe von Nonbooks in den Bibliotheken, aber praktisch nichts Brauchbares über das Parlament. Mir scheint, dass hier Handlungsbedarf ist, dass wir im nächsten Jahr auch über den GGR gleich wie über den Gemeinderat berichtet wird und nicht nur ein paar Stücke, wie es jetzt darin ist. Noch ein kleines Detail, in der Rubrik Gemeinderatswahlen werden zwar die Ergebnisse der beiden Kandidaten fürs Gemeindepräsidium aufgeführt, aber die Namen der sechs anderen gewählten Gemeinderäten fehlen.

Jost-Pfister Catarina, Mitte/glp: Die glp und Mitte-Fraktion dankt allen, die dort mitgearbeitet haben. Es ist ein Bericht der nötig ist, dass wir dies lesen können. So wie wir von Marco bereits gehört haben, hat es viel Wissenswertes darin, wo wir ansonsten gar nicht daran kommen würden oder einfach mühsam. Einige Sachen sind auch unterhaltsam, nicht alles. Was wir sehr geschätzt haben, ist das System mit den Farben. Was doch manchmal eine kleine Sache für eine grosse Sache auslösen kann. Es ist dadurch übersichtlich. Auch die

Fortschritte kann man feststellen. Dies freut uns natürlich auch. Für uns ist auch wichtig, dass wir auch in den Einzelheiten sehen, was in Gebieten geht, wo wir vielleicht nicht involviert sind.

Aebersold Daniel, SVP: Die SVP dankt den Verfassern für das Erstellen des Verwaltungsberichtes. Der Bericht ist übersichtlich und auch gut aufgeteilt. Es sind viele interessante Fakten von unserer Gemeinde enthalten. Die SVP wird den Verwaltungsbericht 2020 genehmigen.

Christensen Sven, FDP: Wenn unsere Vorredner gedankt haben, dann danken wir von der FDP aus auch der Verwaltung für die Arbeit, welche sie gemacht haben. Zum Historiker ich habe auch noch nachgeschaut, interessant ist der Medienbestand von der Bibliothek in Worb hat sich um fünf Prozent erhöht, demgegenüber sind die Ausleihungen nur 21 Prozent zurück gegangen. In Rüfenacht hat sich dann der Medienbestand um fünf Prozent reduziert und die Ausleihungen sind um zwei Prozent nach oben gegangen. Solche Sachen kann man später einmal nachschauen. Vielleicht kurz zu uns, wir werden diesen beiden Abschreibungen zustimmen. Dies waren zwei Postulate aus dem 2008 und 2011. Für die Umsetzung hat es am Schluss dann gut 13 Jahre gedauert, bis der Zentrumsplatz etwas aufgewertet wurde. Vielleicht geht es dann bei den 16 noch nicht erledigten Vorstössen etwas schneller als bei diesen beiden. Aber in dem Sinne nochmals danke an alle, welche tätig waren.

Cetin Mayk, EVP: Von unserer Seite auch herzlichen Dank für den Verwaltungsbericht. Ich möchte auch nicht lange sagen, wie interessant dieser ist. Wir kennen ihn ja langsam. Von unserer Seite noch zu den abschreibenden Geschäften. Dort sind wir der Meinung, dass das Postulat zu den Fussgängerstreifen noch nicht abgeschrieben werden sollte, weil dort im Moment noch eine Einbahnstrasse läuft und man warten sollte, bis der Normalverkehr wieder gilt. Die Bemerkung, dass die Fussgänger routiniert sind, wage ich momentan zu bezweifeln, insbesondere wenn man die Kinder anschaut. Da bin ich im Austausch mit Urs Gerber. Nichtsdestotrotz stellen wir den Antrag, dass man das Postulat an dieser Sitzung nicht abschreibt. Dies ist entsprechend unser Antrag. Ansonsten ist der Bericht für uns in Ordnung.

Kapitelweise Beratung

Einwohnergemeinde

Keine Wortmeldungen.

Grosser Gemeinderat

Wenger Claude, SP+Grüne: Die SP und die Grünen möchten zu zwei abschreibenden Vorstössen, nämlich dieser der FDP-Fraktion "Attraktiver und lebendiger Dorfschulhausplatz für alle Bevölkerungsgruppen" und dieser der SP+Grüne-Fraktion "10 Jahre sind genug", welche beide um das gleiche gehen, beantragen, dass diese nicht abgeschrieben werden. Weiter möchten wir noch fragen, wann der GR über die definitive Ausgestaltung von diesem Platz informiert. Wir möchten noch unsere Forderung erneuern, dass es dort eine Mitwirkung von allen braucht.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Ich kann den Historiker, Marco Jorio, natürlich bestens beruhigen. Für jede GGR-Sitzung wird ein Protokoll geschrieben, wo die zukünftigen Historiker sämtliche Debatten nachvollziehen können. Dies wird viel besser sein, als wenn ihr irgendeine Zusammenfassung in einem Verwaltungsbericht lest, welcher dennoch nicht alles so wiedergeben kann. Zudem ist in jedem Protokoll das Behördenverzeichnis des GGR aufgeführt. Es ist genau aufgeschrieben, wer alles hier ist. Du hast somit genügend sehr gute Quellen, Marco.

Gemeinderat

Keine Wortmeldungen.

Departement Präsidiales

Aebersold Daniel, SVP: Präsidiales, Seite 15, Punkt 5: Uns gibt die Kostenexplosion in der Informatik zu denken. Frage: Werden die Kosten in Zukunft wieder etwas zurück gehen?

Wenger Claude, SP+Grüne: Wir haben zur Seite 13, Soll-Ist-Vergleich, Punkt 1.1 die Frage, ob der GR nur die Aufgabenteilung angeschaut hat oder auch überlegt hat, die Struktur des GR zu ändern. Anzahl Mitglieder, Pensen usw. Dann beim Punkt 1.4 fragen wir uns, wie dies erfüllt sein soll. Welche Anlässe hat der GR durchgeführt? Wie kommt der GR zur Einschätzung, dass die Situation im Bärenzentrum jetzt zufriedenstellend ist? Weiter Punkt 4, Personaldienst, zu den Fluktuationen: Hier sehen wird, dass die Fluktuationen in den letzten zwei Jahren recht hoch waren. Wir möchten fragen, ob bereits einmal eine Personalbefragung durchgeführt worden ist und woran dies liegen könnte?

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Ich beginne mit den Fragen von dir, Claude. Punkt 1.1 betreffend der Aufgabenteilung: Im Rahmen der Evaluation, also im Vorfeld des Entscheides, haben wir drei Punkte abgeklärt. Wir haben die Departementsorganisation, ich denke, dies ist das, was du mit der Struktur des GR gemeint hast, die Aufgabenzuteilung und die Entschädigung der Gemeinderäte angeschaut. Wir haben dazu einen Vergleich zu den Gemeinden Belp, Ittigen, Langnau, Münchenbuchsee, Münsingen, Muri-Gümligen, Spiez, Wohlen, Worb und Zollikofen vorgenommen. Wo wir dann die Auflistung gesehen haben, wie es in diesen Gemeinden ist und wie es bei uns ist, hat der Gemeinderat festgestellt, dass er kein Handlungsbedarf sieht und man alles so lassen kann, wie es ist. Er hat dann darauf verzichtet, auf die letzten Wahlen hin Anpassungen bei den Departementen, bei den Aufgabenteilungen, bei der Anzahl Gemeinderatsmitgliedern oder bei den Entschädigungen vorzunehmen. Man hat somit nichts gemacht. Aber, wir wissen, dass wir in dieser Legislatur bekanntlich die Verfassung überarbeiten werden und dann stellt sich sehr wohl die Frage nach der Anzahl der Gemeinderatsmitgliedern und der Anzahl Departemente. Dann können wir politisch klären, ob wir mit fünf, drei oder neun Mitgliedern weiterfahren wollen. Dann zum Ziel 1.4, dies ist wegen den Anlässen hier im Bärenzentrum. Hier besteht ein Missverständnis. Die Einschätzung, dass die Situation des Bärenzentrums zufriedenstellend ist, hat der Gemeinderat nicht vorgenommen. Da sagen wir nichts dazu. Wir haben lediglich die Wirkung der durchgeführten Anlässe evaluiert, die seit einigen Jahren durch Musicline im Bärenzentrum zur Belebung des Platzes durchgeführt werden. Da haben wir einfach geschaut, wie die Anlässe wirken. Wichtig ist auch, der Gemeinderat organisiert selber keine Anlässe. Wir beteiligen uns als Gemeinde finanziell an diesen Sachen. Die wichtigsten Anlässe sind das Kinder- und Familienfest im Frühling, das Fete de la Musique im Sommer normalerweise am längsten Tag und diverse Saalkonzerte. Aus Sicht des Gemeinderates haben in den vergangenen Jahren insbesondere das Kinder- und Familienfest im Frühling und das Fete de la Musique eine erfreuliche Wirkung entwickelt. Aber die Einschätzung, wie das Bärenzentrum selber ist, ist hier nicht gemeint. Dann dies zum Personaldienst wegen der Personalfluktuation und der Personalbefragung, da ist es so: Wir befragen das Personal regelmässig bei verschiedenen Gelegenheiten. Zur angesprochenen Personalfluktuation sind die Austrittsgespräche sehr wichtig und aufschlussreich. Immer wenn Leute die Verwaltung verlassen, befragen wir sie und dies ist auch die Gelegenheit, dass sie offen und unbelastet sagen, warum sie gekündet haben und sie über die Situation, wie sie dies bei uns empfunden haben, Auskunft geben. Da können wir sehr viel daraus lesen. In den letzten Jahren hatten wir relativ viele Wechsel bei den Sozialdiensten. Ihr habt ja auch gesehen, dass dies ein Ziel des Gemeinderates war, eine Organisationsentwicklung bei den Sozialdiensten durchzuführen. Dies nicht zuletzt aufgrund der Rückmeldungen bei den Austrittsgesprächen. Wir sind jetzt daran, die Arbeitsabläufe und Prozesse in den Sozialdiensten zu überdenken und zu optimieren. Jetzt noch zur Frage von Daniel Aebersold wegen der Kostenexplosion bei der Informatik. In den Begründungen etwas weiter unten in Alinea drei führen wir aus, dass im 2020 der Server und Teile der Hardware ersetzt wurden. Darum ist es so viel teurer und der Betrag für die Anschaffung mit 104'445 Franken viel höher als in den vergangenen Jahren. Im Jahr 2021 sind für dieses Konto wieder nur 23'000 Franken budgetiert und auch die Dienstleistungen der Talus Informatik AG werden sich um rund 15'000 Franken reduzieren. Dies war also nur so ein Zwischenfeuer, Daniel Aebersold. Dies ist nicht etwas, dass dauerhaft so bleibt.

Departement Finanzen

Büchel-Wampfler Sandra, ASK: Die ASK hätte auf der Seite 18 zum Punkt 1.7 gerne mehr Informationen zum Stand der Realisierung als lediglich in Bearbeitung. Wir hätten dort etwas mehr erwartet. Wann dies zum Beispiel realisiert wird oder wie weit, dass man überhaupt schon ist. Dann ein weiterer Punkt ist auf Seite 20,

Punkt 5.2. Dort hat es unseres Erachtens einen Schreibfehler. Der Satz müsste dort heissen: "Die Steuerabschreibungen liegen mit CHF 187'170 um rund CHF 95'379 unter dem Vorjahreswert." Es steht über.

Aebersold Daniel, SVP: Da haben wir von der SVP einmal ein Dankeschön an die Verwaltung. Durch den Wechsel von den Versicherungsanbieter konnten in den meisten Fällen Prämienreduktionen erreicht werden. Dies ist schön ersichtlich in dieser Aufstellung. Eine Frage noch zu den Schäden an den Motorfahrzeugen: Bei der Zürich ist ein Schaden oder mehrere Schäden von 20'079 Franken. Was waren dies für Schäden?

Lädrach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Ich probiere dies noch zusammen zu fassen. Ich habe dich fast nicht verstanden Sandra. Du meinst 1.7 Auswirkungen von Investitionen in den Spezialfinanzierungen? Dies ist eine Pendenz der FIKO. Diese schieben wir in der FIKO noch etwas vor uns hin. Unsere Orientierung ist heute die Schuldengrenze und das Eigenkapital, wo wir definiert haben. Ohne das Vermögen, welches in der Spezialfinanzierung ist. Dort wollten wir noch eine Präzisierung machen, aber die FIKO kam noch nicht dazu, dies anzugehen. Das Zweite: Für mich stimmt der Text so. Hier müsste mich Jonas korrigieren. Die Abschreibungen sind höher und liegen über dem Vorjahreswert. Vielleicht sehen wir dies falsch. Ich hoffe, wir können dies ungrad sein lassen, damit ich es im Anschluss noch klären kann. Zu den Versicherungen: Ich bin froh, dass man zumindest gemerkt hat, dass die Prämien zurückgegangen sind. Schäden plant man in der Regel ja nicht. Es haben sich einfach unglückliche Zufälle bei der Feuerwehr, beim Zivilschutz und beim Werkhof ergeben. Dies waren alles kleinere Einzelfälle, welche sich summiert haben. Das was du siehst, ist die Schadenssumme und nicht dies, was wir bezahlen. Wir bezahlen die Versicherungsprämien und allenfalls ein paar Selbstbehalte. Man hat sicher insofern reagiert, dass man dies festgestellt hat. Man kann nicht viel mehr machen, als die Betroffenen zu Selbstverantwortung und Sorgfalt ermahnen, denn dies passiert ja nicht absichtlich. Dies ist das, was eigentlich erfolgt ist.

Departement Bau

Aebersold Daniel, ASK: Ja, das Departement Bau. Es geht wieder einmal um den Wohnungsbau. Wie wahrscheinlich die letzten Jahre allemal hat die ASK dort etwas zu motzen und die Parteien zum Teil auch. Die ASK wundert sich über die Zahlen der baubewilligten Wohnungen, den fertiggestellten Wohnungen, sowie jenen im Bau befindlichen Wohnungen per Ende Jahr auch im Vergleich zu den Zahlen im 2019. Dann haben wir Seite 23, Punkt 3.2.8, dort steht, am 26. September 2021 konnten zwei Eröffnungsspiele auf dem neuen Rasen durchgeführt werden. Ich bin da zwar nicht so involviert, wir haben von der ASK jedoch angenommen, dass die Eröffnungsspiele im 2020 stattgefunden haben.

Aebersold Daniel, SVP: Ich habe eigentlich das Gleiche mit dem Wohnungsbau. Dort gehen uns die Zahlen nicht auf. Dann noch zur Seite 21, Punkt 2. Warum waren im 2019 und 2020 nur je vier Sitzungen der Baukommission? Hat diese nichts mehr zu sagen? Dann haben wir Punkt 5, Seite 30. Der Wasserverbrauch pro Einwohner steigt stetig und innert vier Jahren von 151 auf 172 Liter an. Gibt es dafür eine Erklärung?

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Daniel hat es angetönt, alle Jahre wieder im Zusammenhang mit den Wohnungen, welche sich im Bau befinden oder fertig gestellt werden, dass die Zahlen nicht übereinstimmen. Zum Vornherein ist zu sagen, dass es ein gewisses Datum gibt, wo man alles zusammen anschaut. Dies mitten im Jahr bzw. wenn es darum geht, die Erhebungen zu machen. Andererseits hat man dort die Differenzen, welche es im Zusammenhang mit dem Zentrum Sonne Rüfenacht und bei der Überbauung Dreiklang gegeben hat. Dort wurde jeweils in Etappen gebaut. Die Zahlen stimmen nicht, dies ist richtig. Ich habe die Frage der Baupolizei gestellt und diese Zahlen wurden nun korrigiert. Zum Beispiel im 2018 steht 80 bei den im Bau befindliche Wohnungen, dort wären es jedoch 60. Im 2019 steht 55, damals waren es jedoch 71. Im 2020 waren es 21 im Bau befindliche Wohnungen und nicht nur eine. Ihr seht schon hier gibt es rechte Abweichungen. Fertiggestellte Wohnungen waren im 2018 22, im 2019 17 und im 2020 47 anstatt zwei. Dies ist dann auch dies, was nicht aufgeht. Dies sind schon riesige Unterschiede eigentlich. Dies ist, weil in Etappen gebaut wird und die Übergänge fließend sind. Es muss eine riesige Schwierigkeit sein, auf welches Datum man sich einigt oder nimmt. Dies kann ich zur Frage der ASK und gleichzeitig auch von der SVP sagen. Eine weitere Frage der SVP war zum Wasserverbrauch pro Einwohner. Dieser ist in den letzten vier Jahren um 20 Liter gestiegen. Ich habe noch Roland Bieri, Brunnenmeister, gefragt und er konnte es mir auch nicht erklären, warum der Wasserverbrauch um 20 Liter in den letzten vier Jahren gestiegen ist. Ich habe mir dazu auch

Gedanken gemacht und bin zu folgendem Schluss gekommen: Einerseits hatten wir im letzten Jahr diesen Lockdown und sehr viele Leute sind zuhause geblieben. Ich weiss, dass in einigen Detailhandelsgeschäften die Hauspools ausverkauft waren. Ich denke, dass es schon nur mehr Wasser brauchte, weil die Leute zuhause geblieben sind. Andererseits habe ich auch in den vorhergehenden Jahren festgestellt, dass die Sommer jeweils sehr heiss und trocken waren. Folge dessen braucht es einfach mehr Wasser in den Privathaushalten. Dies ist die einzige Erklärung, welche ich dazu abgeben kann. Zu der weiteren Frage betreffend der Baukommission: Es ist tatsächlich so, dass die Baukommission nicht mehr die Funktion hat, welche sie früher hatte, wo sie noch für alle Baugesuche zuständig war. Die Baukommission ist nur noch für Bauprojekte zuständig, welche die Gemeinde verantwortet und dann durch den Regierungstatthalter bewilligt werden müssen oder für Kreditanträge, welche hier durchs Parlament laufen. Für Baubewilligungen im privaten Bereich ist die Baukommission nicht mehr zuständig. So kommt es dazu, dass im letzten Jahr nur noch vier Sitzungen stattgefunden haben. Wir probieren die Sitzungen natürlich zu optimieren und diese allenfalls so zu terminieren, dass die Geschäfte zeitgerecht behandelt wurden, wenn Geschäfte dann ins Parlament kommen sollten. Dies ist der Grund warum es nicht mehr Sitzungen gegeben hat.

Marchand Andy, FDP: Entschuldige, ich muss nochmals kurz nachfragen. Du hast vorhin die Zahlen des Wohnungsbaus gesagt. Mir hat es nicht gereicht mit zu schreiben. Bekommen wir noch ein Korrigendum? Die zweite Frage, welche noch etwas ernster ist: Ich glaube, bin mir jedoch nicht ganz sicher. Wir haben im letzten Jahr darüber auch schon gesprochen und von der ASK die Frage gestellt, ob man, da es mit den Zahlen so schwierig ist, nicht darauf verzichten möchte die Zahlen zu publizieren. Du hast es richtig gesagt, es ist sehr schwer die Zahlen zu erheben und mitten im Jahr in einen Bericht zu schreiben, dass sie stimmen. Du hast es jetzt korrigiert. Ich konnte es wirklich nicht aufschreiben, aber dies ist auch nicht das Ziel, welches wir haben. Ich frage mich, ob es nicht sinnvoller wäre, wenn wir diese Zahlen hier gar nicht reinschreiben oder nur Rückblickend, wenn man dann eine richtige Zahl hat und sagt, diese vom 2020 kann man noch nicht sagen. Mein Vorschlag wäre, dass wir dort eine bessere Lösung finden, als jedes Jahr wieder darüber zu diskutieren, dass es nicht stimmt. Es wäre wohl klüger, wenn man es weglassen würde.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Da kann ich gerade kurz dazu Stellung nehmen, Andy. Ich finde dies einen guten Vorschlag. Es ist so, dies ist seit Jahren immer wieder ein Thema, weil es Verschiebungen gibt und in Etappen gebaut wird. Ich stelle mir zudem vor, dass es ein rechter zeitlicher Aufwand ist, dies wirklich seriös erheben zu können und dann geht man nochmals dahinter, weil die Zahlen nicht richtig waren. Man muss sich wirklich überlegen, ob man dies besser oder vereinfachter darstellen kann oder ob man es überhaupt gerade herausnehmen möchte. Danke für deine Bemerkungen.

Departement Umwelt

Moser-Utiger Silvia, ASK: Die ASK hat zwei Feststellungen zum Bericht des Departements Umwelt. Auf Seite 26 im Soll-Ist-Vergleich der Punkt 4.3, die Natur- und Lebensräume sind von invasiven Neophyten befreit, ist eine wiederkehrende Aufgabe. Die ASK wünscht eine Trennung von wiederkehrenden Zielen und Massnahmen von den restlichen Massnahmen. Dann weiter schlagen wir zu den Graphiken zum Energieverbrauch auf Seite 27 und 28 vor, dass pro Energieträger immer die gleiche Farbe gewählt wird. Zum Beispiel Heizöl grau und Fernwärme gelb.

Wenger Claude, SP+Grüne: Wir haben zwei kleine Sachen. Das Erste ist auch eine Bemerkung zum Punkt 4.3 auf der Seite 26. Wir haben nicht recht gewusst, ob das Ziel, die Massnahme oder der Zielwert nicht so gut ist und am Schluss haben wir entschieden, dass die Massnahme wahrscheinlich nicht ausreicht, wenn man die Lebensräume endgültig von Neophyten befreien möchte. Die ASK hat dies bereits vorneweg genommen. Dann auf Seite 28 hätten wir eine Frage zum Energieverbrauch der Verwaltung. Dieser war kontinuierlich am Abnehmen. Warum ist dieser im 2020 dann wieder so angestiegen?

Hauser Adrian, Departementsvorsteher Umwelt: Die Neophyten sind wirklich ein Dauerthema. Das Ziel, welches wir im Legislaturprogramm haben, ist sicher ein recht hohes Ziel, dass wir die Lebensräume von invasiven Neophyten befreien möchten. Hinten ist es grün, weil wir dies, was wir im 2020 vor hatten, erfüllt haben. Aber man kann dies auch gut auf gelb stellen, da habe ich kein Problem damit. Dann zur ASK zu den Farben der Darstellung. Da habt ihr sicher recht. Dies müssen wir farblich anders darstellen. Zur Frage von Claude zu den

Heizungen. Dieser Piek nach Oben ist sehr ärgerlich. Aber darunter steht, dass wir technische Probleme mit der Heizung hatten. Es ist so, im letzten Jahr hatten wir hier im Gebäude grosse Probleme mit der Heizung. Es gab Ventile, welche nicht mehr funktionierten. Man konnte nicht mehr regulieren. Der Fehler war sehr schwer zu finden, weil es diverse Orte gab, wo etwas kaputt war und nicht mehr funktioniert haben. Eine Heizung ist nun sehr träge, bis diese dann einmal reguliert, wenn man es eingestellt hat. Dieser Piek nach Oben sollte sicher nicht mehr vorkommen.

Departement Bildung

Büchel-Wampfler Sandra, ASK: Die ASK hätte gerne auf Seite 33, Punkt 1.2 Auskunft darüber, ob die geplanten Massnahmen wieder aufgenommen werden und wie der zeitliche Horizont dazu aussehen würde oder ob man einfach sagt, dies sei definitiv abgeschlossen. Dann haben wir Seite 33, Punkt 1.3. Hier möchten wir gerne wissen, wann dieser Abklärungsbericht vorliegen sollte. Es steht einfach in Bearbeitung. Ist dies in einem Jahr oder wie lange geht es noch, bis dieser fertig ist? Dann hätten wir noch Seite 36, Punkt 3.5, Schulzahnpflege. Wir sind dort über die Zahl von 2019 gestolpert und haben uns gefragt, ob die Zahlen wirklich korrekt sind. Anzahl bewilligte Gesuche hat es 41 und es werden 4'738 Franken ausgegeben. Im 2020 sind es 155 Gesuche und es wird weniger Geld ausgegeben. Dort haben wir uns gefragt, ob vielleicht beim 2019 ein 1 verloren gegangen ist. Sollten dies vielleicht 141 Gesuche sein? Dann haben wir noch auf Seite 36 den Punkt 4.1. Da haben wir das Gefühl, das bei der Bibliothek ein Vermerk gemacht werden müsste, dass die Zahlen nur ein relativer Vergleichswert sind, weil die Bibliothek relativ lange aufgrund Corona geschlossen war. Wenn man dies als Vergleichswert für das nächste Jahr nimmt, ist dies relativ heikel. Dann haben wir noch Seite 39, Punkt 7, Qualitätsentwicklung an den Worber Schulen. Beim Notfallkonzept möchten wir gerne wissen, wann die pendenten Standorte Enggist, Rüfenacht und Vielbringen überprüft werden. Wir denken, dass dies möglichst zeitnahe sein sollte, weil das Notfallkonzept ein sehr wichtiges Thema ist.

Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Ich gehe gerne auf die Fragen der ASK ein. Die erste Frage zum Punkt 1.2 auf der Seite 33, hier geht es um die Erneuerung des Schulmobiliars. Unser Schulmobiliar, welches wir haben, ist zum Teil fast gar steinzeitlich. Im Worboden gibt es diverse Pulte, wo ich selber noch daran gehockt bin. Dies ist doch auch schon eine Weile her. Unterdessen hat auch der Lehrplan geändert. Die ganze Unterrichtssituation und alles zusammen wurde anders und es besteht dringender Bedarf, dass man dort neues Mobiliar anschaffen würde. Wir haben im Departement ein Konzept ausgearbeitet. Wir sind mit diesem in die Bildungskommission gegangen und die Bildungskommission hat den Antrag dann abgelehnt. Es ist damals vor allem um die Finanzen gegangen. Die ganze Geschichte hätte gut 900'000 Franken gekostet und die Bildungskommission konnte dies nicht unterstützen. Jetzt sind wir vor einer blöden Situation. Wir müssen eigentlich etwas machen. Fakt ist, dass wir nach den Sommerferien im Worboden kein Ersatzmaterial mehr haben. Wir müssen irgendetwas kaufen. Was soll man den anschaffen? Soll man irgendwie aus einem Antiquariat nochmals die schweren, schönen, tollen Pulte für zwei bis drei Klassenzimmer holen gehen? Wir haben uns entschlossen, dies anders zu machen. Das Thema Schulmobiliar kommt so oder so auf uns zu. Jetzt werden wir modernes, neues, zukunftsgerichtetes Schulmobiliar versuchen zu mieten. Es gibt solche Anbieter, wo man solches Mobiliar mieten kann. Wir werden so die nötige Anzahl Klassenzimmer bestücken. Der Vorteil ist der, dass wir dann mit der Bildungskommission das Mobiliar auch anschauen gehen können und dass die Bildungskommission dann sieht, was da eigentlich auf uns zukommt. So wollen wir das Geschäft wieder aufnehmen. Es muss etwas gehen. Ansonsten machen wir dann einmal ein Wettrennen mit den alten Pulten um das Schulareal tragen. Dies möchten wir jedoch lieber nicht machen. Wir sind daran hier etwas zu bringen. Die nächste Frage zum Punkt 1.3 auf der Seite 33. Wir haben das Thema dann etwas umgeändert. Neu nennt es sich jetzt Integration von Kindern aus sozial benachteiligten Familien. Ursprünglich ist der Bedarf nach so etwas von den Schulleitungen gekommen, speziell von den Primarstufenkreisen. Darum war es im Departement Bildung angesiedelt. Auf die neue Legislatur hin hat es einen Wechsel gegeben. Karin Waber hat das Departement Soziales übernommen und dann haben wir gedacht, jetzt ist es eigentlich an der Zeit, das ganze Geschäft dort hin zu geben, wo es eigentlich hin gehört. Wir haben die Abmachung, dass der Vorschulbereich zum Departement Soziales gehört und der Schulbereich dann zur Bildung. Unterdessen liegt der Abklärungsbericht vor und der Gemeinderat hat gerade letzten Montag beschlossen, dass wir Massnahmen zur Integration von Kindern aus sozial benachteiligten Familien ergreifen möchten. Hier geht im Moment also recht viel. Der nächste Punkt ist die Schulzahnpflege. Wie elegant wäre es, wenn ich einfach verkünden könnte, ja, es ist ein Schreibfehler und machen eine eins vorne hin und dann sind wir im Hick. Ich bin eigentlich davon ausgegangen

und es ist ganz naheliegend, dass es so ist. Wir haben es letzte Woche abgeklärt und ich habe übers Wochenende nochmals eine E-Mail an das Schulsekretariat geschrieben und es kommt dann einfach so heraus: "Ich habe auch die 2019er Gesuche nachgezählt", sagt Gabi Wermuth, Schulsekretärin, "es sind effektiv 41". Jetzt weiss man nicht genau, wie dies kommt. Ist dies ein Ausreisser oder sind die Zähne plötzlich viel gesünder geworden oder was auch immer. Wir sind auch am Rätseln. "Es kann sein, dass die Gesuche im 2019 relativ spät eingegangen sind." Also Ende Dezember. "Und von uns erst im Januar 2020 behandelt wurden". Wir wissen es schlichtweg nicht. Ich bin gespannt auf die Zahl, wie es im nächsten Jahr aussieht. Ich kann euch keine andere Antwort geben. Dann zur Bibliothek auf Seite 36, Punkt 4.1. Es ist nicht in diesem Jahr der Zeitpunkt, dass wir ein Hinweis machen können, warum die Zahlen zurückgegangen sind. Ob dies Corona bedingt war oder nicht. Wahrscheinlich zwar schon. Dies können wir dann allenfalls im nächsten Verwaltungsbericht machen. Ich kann nicht kaffeesatzlesen. Es ist anzunehmen, aber wir wissen es schlichtweg nicht. Es ist noch nicht erhärtet und ausgewertet. Dann noch zum Schluss die Qualitätssicherung. Es geht um die Notfallkonzepte. Die Notfallkonzepte sind für die grossen Schulhäuser schon vor einiger Zeit erneuert worden. Diese liegen vor und sind auch in jedem Schulzimmer aufgehängt. Dort ist genau beschrieben, wie man sich verhalten soll. Einzig und da ist ein Fehler passiert, in den Schulhäuser Enggist, Vielbringen und nicht Rüfenacht, sondern Richigen, also in den Aussenstandorten, hat man die Konzepte noch nicht erneuert. Warum? Es ist eigentlich auch nicht notwendig. Ein Schulhaus mit einer Klasse zu evakuieren, ist natürlich sehr viel einfacher und klarer, als wenn ihr ein Schulhaus mit zehn oder zwölf Klassen habt. Aber das allgemeine Notfallkonzept und dies ist fast ein Ordner voll, dies gilt natürlich für sämtliche Schulhäuser und sämtliche Standorte. Das Verhalten bei Brand, Wasser oder Amok ist überall das Gleiche.

Departement Soziales

Flentje Burkhard Sibylle, ASK: Die Frage ist zur Seite 41, Punkt 1.3. Unter diesem Punkt steht: "Die Gemeinde versucht, die ansässigen Asylantinnen und Asylanten bei der Integration möglichst gut zu unterstützen." Bei der Realisierung ist die Ampel auf Rot. Dieses Ziel ist also nicht erfüllt. Die Begründung ist, dass der Einbezug von Asylantinnen und Asylanten bei Unterhaltsarbeiten aus versicherungstechnischen Gründen nicht möglich ist. Die ASK möchte wissen, ob dieses Ziel wieder aufgenommen wird und ob andere Massnahmen ins Auge gefasst werden, um Asylantinnen und Asylanten bei der Integration zu unterstützen.

Wenger Claude, SP+Grüne: Noch ein letztes Mal. Ebenfalls zum Punkt 1.3. Wir haben dort ein kleines Problem mit der Formulierung. Der Grund, dass es ein Problem mit der Unfallversicherung ist, steht in keinem Verhältnis zur Integration. Dies ist zumindest merkwürdig formuliert, weil eine Integration ziemlich viel mehr wert sein sollte, als eine Unfallversicherung. Jemand der nicht integriert ist, kostet die Gemeinde, den Staat oder irgend einen Ort wesentlich mehr als eine Unfallversicherung.

Waber Karin, Departementsvorsteherin Soziales: Besten Dank, Sibylle, für deine Fragen aus der ASK. Ich möchte dort erwähnen, dass im Moment gar keine Asylanten bei uns sind. Es hat ein paar, aber diese wurden aufgrund von Corona ausquartiert und sind in der Filzi untergebracht. Diese sind jedoch sozusagen gar nicht in der Gemeinde integriert, weil sie durch das Rote Kreuz betreut werden und wir gar kein Handlungsbedarf haben, um bei diesen Asylanten etwas zu unternehmen. Es ist das ORS, welches sich um die Asylanten in der Filzi kümmert. Die Zivilschutzorganisation hat die Filzi parat gemacht, dass man die Leute dort während der Corona-Zeit aufnehmen konnte. Zur Frage von Claude. Besten Dank, Claude. Die Integration ist natürlich nicht so gedacht, dass wir mit der Versicherung sparen möchten, sondern die Asylanten werden auch durchs Rote Kreuz versichert und dort geht es um eine ganz klare Krankenversicherung und auch um die Unfallversicherung. Wenn ein Asylant arbeiten würde, dann wären die Versicherungen ganz anders und bestehen so zu sagen nicht. In dem Status, wo diese Leute haben, welche in der Filzi wohnen, haben sie nicht die Möglichkeit sich so zu versichern, dass wir sie arbeiten lassen können. Dies haben wir abgeklärt und mussten dies so akzeptieren. Im Moment sind also keine Asylanten hier, also haben wir auch keine Pläne, wie wir diese noch weiter beschäftigen könnten. Wenn es offiziell wieder einmal so sein wird, dass Asylanten auf Worb kommen, könnten wir unter Umständen die ganze Sache wieder mit dem Partner des Schweizerischen Roten Kreuzes anschauen.

Departement Sicherheit

Aebersold Daniel, SVP: Wir haben etwas Interessantes festgestellt. Die SVP ist erstaunt, dass mit 90 Bestatungen der tiefste Wert in den letzten vier Jahren aufgeführt wurde und dies trotz dem Corona-Virus. Dann hätte ich noch eine mehr oder weniger ernst gemeinte Anregung für eine neue Spalte im Verwaltungsbericht mit dem Titel "Wie viele umgefahrene Pfofen an der Rüttihubelstrasse?".

Gerber Urs, Departementsvorsteher Sicherheit: Besten Dank. Es sind keine Fragen vorhanden. Ihr seid rundum zufrieden. Dies freut mich sehr. Umgefahrene Pfofen habe ich bis jetzt zwei gezählt. Aber ich war letzte Woche weg.

Departement Planung

Marchand Andy, ASK: Es sind drei Sachen, welche wir gerne Fragen möchten. Einerseits Seite 55, Punkt 1.3 dort ist das Areal K7 erwähnt. Dort möchten wir, dass aufgeschlüsselt wird, was das Areal K7 genau ist. Einfach allgemein wäre es gut, wenn in einem solchen Bericht die Abkürzungen lesbar wären, dass man weiss, um was es geht. Dann Punkt 1.4: Da wäre unsere Frage, wie die geplante Massnahme weitergeführt wird. Sind allenfalls weitere Massnahmen geplant? Beim Punkt 1.8 wird behauptet, dass auswärtige Firmen ihren Standort nach Worb verlegt haben. Die ASK würde hier noch ein paar Beispiele begrüssen oder sich wünschen.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Das K7 ist eine Bezeichnung aus dem Zonenplan. Dies bedeutet einfach die Zone Bernstrasse Süd. Dies ist das Gebiet zwischen dem Sternen und der katholischen Kirche. Du hast schon recht. Wir sind uns so an das K7 gewöhnt, aber man müsste es wahrscheinlich schon ausdeutschen, was es genau ist. Dann die geplante Massnahme des letzten Jahres betreffend der guten Durchmischung namentlich gerade in Rüfenacht da ist beim Gemeinderat der Zusammenhang zwischen einer guten Durchmischung und der hohen Wohnqualität nach wie vor unbestritten. Einfach die Massnahmen, welche wir im letzten Jahr machen wollten, die Informationsanlässe für Liegenschaftsbesitzer haben sich als nicht umsetzbar und nicht zielführend erwiesen. Wie wir damit weitergehen werden, werden wir in der Gemeindeentwicklung 2021 – 2025 aufzeigen und dies wird im September dann das Thema sein. Wir sind dort noch nicht ganz durch im Gemeinderat. Dann noch zu den Firmen, welche ihren Standort nach Worb verlegt haben. Da ist manchmal der Zeitpunkt nicht so klar. Wie auch immer. In Rüfenacht ist die Bäckerei Reinhard neu gekommen. Diese haben im März angefangen. Der Entscheid wurde jedoch im letzten Jahr oder sogar im vorletzten Jahr getroffen. In Worb ist in der alten Mosterei R4 Raumwelten AG frisch gekommen und die Industriekletterfirma Top-rope, dort wo man früher jeweils die Äpfel abgegeben hat. Im Worbboden hat Spirit Market frisch ein Gebäude übernommen. Dies ist Vom Chäser, wo man Käse kaufen kann. Dann Renoma, dies ist eine Fassadenbaufirma. Aktuell ist die Gerüstfirma ELAG im Worbboden am Bauen. Diese wird in diesem Jahr oder früh im nächsten Jahr einziehen. Ich weiss, dass die Firma UP AG natürlich schon längere Zeit in Worb ist, aber es hat mich sehr gefreut, dass sie im Worbboden einen zweiten Standort eröffnet haben. Es hätte mich unglaublich geärgert, wenn dies in einer anderen anliegenden Gemeinde passiert wäre. Darum erwähne ich sie hier gerne auch. Dies sind die grösseren Firmen. Dazu hat es noch einige Coiffeuren und so gegeben, aber da merkt man jeweils nicht viel davon.

Beschluss zum Änderungsantrag der EVP-Fraktion:

Die EVP-Fraktion stellt den Antrag, das Postulat der EVP-Fraktion vom 11. November 2019 mit dem Titel "Fussgängerstreifen auf der Bahnhofstrasse schafft Klarheit und Sicherheit" nicht abzuschreiben.

Der Änderungsantrag der EVP-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss zum Änderungsantrag der SP+Grüne-Fraktion:

Die SP+Grüne-Fraktion stellt den Antrag, das Postulat der FDP-Fraktion vom 13. Oktober 2008 mit dem Titel "Attraktiver und lebendiger Dorfschulhausplatz für alle Bevölkerungsgruppen" nicht abzuschreiben.

Der Änderungsantrag der SP+Grüne-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss zum Änderungsantrag der SP+Grüne-Fraktion:

Die SP+Grüne-Fraktion stellt den Antrag, das Postulat der SP+Grüne-Fraktion vom 18. März 2019 mit dem Titel "10 Jahre sind genug – im persönlichen Austausch zu neuen Lösungen für das Areal Schulhaus 'Zentrum'" nicht abzuschreiben.

Der Änderungsantrag der SP+Grüne-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. f der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2020 wird genehmigt.
2. Mit der im Kapitel Grosser Gemeinderat, Ziff. 1.2, angegebenen Begründungen werden abgeschrieben:
 - Postulat der FDP-Fraktion vom 13. Oktober 2008 mit dem Titel "Attraktiver und lebendiger Dorfschulhausplatz für alle Bevölkerungsgruppen"
 - Motion des Komitees vom 15. November 2010 mit dem Titel "Genügend Sportplätze für alle! – Worb hat zu wenig Sportplätze"
 - Postulat der FDP-Fraktion vom 14. November 2011 mit dem Titel "Neue Lebensqualität im Zentrum Worb"
 - Postulat der EVP-Fraktion vom 11. November 2019 mit dem Titel "Fussgängerstreifen auf der Bahnhofstrasse schafft Klarheit und Sicherheit"
 - Postulat der SP+Grüne-Fraktion vom 18. März 2019 mit dem Titel "10 Jahre sind genug – im persönlichen Austausch zu neuen Lösungen für das Areal Schulhaus 'Zentrum'".

(Ratspräsident Fivian Bruno gibt einen Sitzungsunterbruch bekannt. Dieser dauert von 20.51 bis 21.05 Uhr. Der Protokollführer.)

Gemeinderechnung 2020: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 404	21.06.2021	4	2021/24-36	32922	21/20

Detailberatung

Büchel-Wampfler Sandra, ASK: Die ASK hat die Gemeinderechnung gemeinsam mit der GPK ausführlich besprochen und geprüft. Alle Fragen, welche sich uns bei der genauen Prüfung der Rechnung gestellt haben, sind von Jonas Weil ausführlich beantwortet worden. Das Handout ist smart und übersichtlich dargestellt. Die vollständige Gemeinderechnung ist auf der Website der Gemeinde Worb abrufbar. Der positive Bestätigungsbericht vom Rechnungsprüfungsorgan T+R liegt der vollständigen Gemeinderechnung auf Seite 44 bei und wird dankend zur Kenntnis genommen. Dennoch möchte ich es nicht unterlassen, auf einige Punkte hinzuweisen, die dieser positiven Rechnung etwas den Glanz nehmen. Wie alle Jahre wieder müssen wir leider feststellen, dass der Investitionsstau weiterhin besteht. Der zweite Punkt: Auch im Jahre 2020 sind erhebliche Einnahmen durch Liegenschaftsverkäufe gemacht worden, was die Rechnung auch etwas schöner aussehen lässt, als dass sie ist. Und der dritte Punkt, der uns aufgefallen ist zum Bevölkerungswachstum. Dort haben wir festgestellt, dass laut der Rechnung in der Gemeinde Worb weniger steuerpflichtige natürliche Personen wohnhaft sind, aber der Steuerertrag pro Kopf dennoch gestiegen ist. Wir empfehlen euch, die Rechnung 2020 zu

genehmigen und bedanken uns bei Markus Läderach und bei Jonas Weil für die kooperative Zusammenarbeit und das Beantworten, von den von uns gestellten Fragen und für die geleistete Arbeit.

Läderach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Ich versuche, etwas Zeit aufzuholen. Ihr habt ein Handout erhalten und ich werde mir erlauben, das Handout noch einmal zu kürzen und nur auf die Hälfte oder einen Drittel der Folien einzugehen. Ihr könnt dem Ganzen sicher problemlos folgen. Ich gehe zu Beginn auf das Ergebnis in der Übersicht ein. Der Gesamthaushalt schliesst mit einem Plus von 13'350 Franken ab, gegenüber einem Budget mit 550'000 Franken minus. Das ist die Darstellung nach HRM2. Das Gesamtergebnis setzt sich zusammen aus dem Resultat der Spezialfinanzierungen einerseits, die mit minus 285'000 Franken abschliessen und dem Ergebnis aus dem allgemeinen Haushalt, das mit plus 299'000 Franken abschliesst. Ich gehe gerade jetzt kurz auf die Spezialfinanzierungen ein und anschliessend nicht mehr. Dort fällt eigentlich auf, dass wir recht nahe am Budget sind. Die höchste Abweichung ist beim Abfall. Die Abfallentsorgung hat den Budgetwert eigentlich nicht erreicht. Es gibt eigentlich zwei Hauptgründe. Das Eine ist der fehlende Erlös aus der Papiersammlung. Das hat früher noch Geld gegeben, das hat man so budgetiert. Heute gibt es kein Geld mehr für Papier. Da fehlen rund 30'000 Franken. Das ist jetzt auch so eine Frage, die man schon im Verwaltungsbericht vielleicht gestellt hat: Hat man nun mehr Wasser gebrauch, haben wir mehr Abfall produziert? Es hat einfach mehr Transporte gegeben in dem Jahr. Das kann nun sein, da mehr Personen zuhause gewesen sind und weniger in Bern entsorgt haben, sondern in Worb. Das sind eigentlich die wesentlichen zwei Unterschiede in den Spezialfinanzierungen und der Rest ist sehr nahe am Budgetwert und in dem Sinne, gemäss unserer Beurteilung, nicht erwähnenswert. Das spannende ist ja sicher der Allgemeine Haushalt und der schliesst zahlenmässig, wie schon gesagt wurde, sehr gut ab, mit 2.4 Millionen im Plus. Wir haben einmal mehr zu wenig investiert, sodass wir nach HRM2 2.1 Millionen in die finanzpolitische Reserve einlegen müssen. Und dann bleiben nach aussen die 300'000 Franken eigentlich übrig. Und da einfach, wenn ihr wieder irgendein Gemeindevergleich macht, schaut gut darauf, was kommuniziert wird. Wo wird die finanzpolitische Reserve erwähnt oder wird sie versteckt. Wir haben ganz klar die Philosophie völlige Transparenz, die Zahlen nach aussen so zu zeigen, wie sie sind. Nach HRM2 bleiben dann am Schluss nur 13'000 Franken. Das müssen wir nicht diskutieren, das ist so festgelegt worden. Wenn wir versuchen zu erklären im Allgemeinen Haushalt, warum wir besser sind, sind es die folgenden Massnahmen, die hier aufgeführt sind. Die machen alleine rund 80 Prozent der Besserstellung aus. Und damit nach der 80-20-Regel haben wir eigentlich das Größte erledigt. Das sind die Buchgewinne, die Einnahmen aus der Neubewertungsreserve, Anpassung Marktwert, dann der Steuermehrertrag, das ist sicher die positivste Erkenntnis, weniger investiert heisst tiefere Abschreibungen und der gesamte Lastenausgleich Sozialhilfe ist auch positiv. Vor Allem aus dem Lastenausgleich hat es mehr gegeben, als wir budgetiert haben. Ein paar Begründungen zu den einzelnen Punkten: Im Rechnungsjahr haben wir die zwei Liegenschaften Richigen-Heimet und das Schulhaus Wattenwil nicht verkauft, sondern verbuchen dürfen. Der Verkauf ist ja zum Teil schon vorher drinnen gewesen. Die waren in dem Budget, da man sie ja im Vorjahr verkaufen und verbuchen wollte. Das ist erst jetzt fällig geworden und hat nun dieses Jahr positiv beeinflusst. Ein Buchgewinn von rund 322'000 Franken. Wir haben mit der Einführung von HRM2 alle Liegenschaften neu bewertet. Da hat man auch gewisse Reserven gebildet, das hat der Kanton so festgelegt. Und jetzt nehmen wir aus diesen Reserven Liegenschaften hinaus, weil wir sie verkaufen, also dürfen wir die entsprechenden Reserven auch nicht mehr in der Bilanz haben und das hat dann eigentlich die Aufwertung oder die Auflösung der Neubewertungsreserve gegeben. Relativ eine grosse Summe, von 600'000 Franken. Und dann am Schluss noch die amtliche Neubewertung von den Liegenschaften. Das haben alle Liegenschaftseigentümer selber gemerkt, das sind nicht nur die Gemeindeliegenschaften, die höher bewertet werden, sondern auch die Privatliegenschaften. Und das hat nochmals 360'000 Franken ausgemacht. So kommen wir eigentlich durch die Liegenschaftsverkäufe auf 1.3 Millionen. Ich muss vielleicht ehrlicherweise sagen, die Liegenschaftsneubewertung dürfte man eigentlich nicht mit hinein rechnen, das ist etwas anderes. Aber rund eine Million Verbesserung hat es gegeben durch den Liegenschaftshandel. Der Fiskalertrag, wir kommen dann anschliessend noch im Detail zu den Steuern und die Abschreibungen habe ich schon erwähnt, die Sozialhilferechnung vorhin auch. Was man einfach erwähnen darf, das dünkt mich wichtig, die beeinflussbaren Kosten, die wir eigentlich haben, nämlich der Personalaufwand und der Sachaufwand, da haben wir ziemlich genau eine Punktlandung gemacht, dass ausgegeben, was wir budgetiert haben. Selbstverständlich gibt es innerhalb der einzelnen Konten Abweichungen, irgendwo plus und anderswo minus. Aber unter dem Strich sind wir da ziemlich genau beim Budget. Und so setzt sich einfach dann das Ergebnis des Allgemeinen Haushalts zusammen. Das habt ihr in euren Unterlagen, wo ihr eigentlich noch nachvollziehen könnt, wie die Zahlen zustande kommen. Ich glaube, ich möchte da jetzt nicht die Tabellen vorlesen, das ist, glaube ich, etwas verfehlt.

Nachkredite: Es hat deutlich weniger Nachkredite gegeben als im letzten Jahr. Man muss aber dann vielleicht aufpassen, bei den 13 Millionen vom letzten Jahr ist der Verkauf der Primärleitungen an den WVRB enthalten. Das ist ein ausserordentliches Jahr gewesen. Es sind 1.8 Millionen Nachkredite, wobei alle in der Kompetenz des Gemeinderates sind. Rund eine Million gebundene Nachkredite und 865'000 Franken neue Nachkredite. Es gibt keine Nachkredite in der Kompetenz des Grossen Gemeinderates, ihr müsst heute über keine Nachkredite beschliessen. Dann wie immer gibt es noch grundsätzlich die Summe der Nachkredite ist eigentlich noch höher, aber sie werden auch nicht immer alle beansprucht. Da kann man auch sagen, da hat man eigentlich nicht übermässig Geld ausgegeben. Die Investitionen, schon angetönt, das Dauerthema in Worb. Wir haben Bruttoinvestitionen von 8.27 Millionen budgetiert. Am Schluss hat man für 5.49 Millionen investiert. Also fast 2.8 Millionen weniger. Die grossen Posten sind vor allem drei. Das ist der Kindergarten Rüfenacht mit über 2 Millionen, das Kunstrasenspielfeld mit etwa 1.8 Millionen und dann hat es in der Wasserversorgung verschiedenste Investitionen gegeben. Wo haben wir denn vor allem nicht investiert? Das ist der Bau der Tagesschule. Die Tagesschule ist im Budget gewesen, die hat man nicht in dem Jahr realisieren können, die kommt eigentlich nun erst in diesem Jahr und im nächsten Jahr. Es hat diverse Strassensanierungen gegeben, welche man nicht gemacht hat. Zum Teil, weil der Kanton dort mit im Spiel ist und es dort Verzögerungen gibt. Und der Dauerbrenner in Worb, Hochwasserschutz Dentenberg. Den werden wir wohl noch einige Jahre jedes Jahr etwas nach hinten schieben, bis man dann dort endlich einmal die Lösung findet. Schon das gibt euch auch schon wieder rund 2.2 Millionen, was wiederum auch etwa wieder die 80 Prozent von den 2.8 Millionen ausmacht, die man nicht investiert hat. Wie immer gibt es auch Investitionseinnahmen. Das ist immer etwas schwer zu beurteilen. Sie sind nicht immer periodengerecht, zum Teil sind sie periodenfremd, kommen verzögert, aber es hat am Schluss 1.35 Millionen Investitionseinnahmen gegeben. Der grosse Brocken 365'000 Franken stammen aus der Wasserversorgung. Von der Muri-Leitung, die man da in der zweiten Etappe beim Beitritt an den WVRB noch verkauft hat. Das hat noch einen Ertrag gegeben und das andere, die 125'000 Franken sind die Beiträge der Sportclubs an den Fussballplatz. Beim Wasserbauplan hoffen wir, dass jetzt dann die ganze Hochwassergeschichte Worb etwa vorbei ist. Das sind die grossen Brocken. Mit 4.14 Millionen Nettoinvestitionen deutlich ein zu tiefer Wert, aber er entspricht ungefähr dem Wert, plus minus einer halben Million, den Worb in den letzten Jahren durchschnittlich investiert hat. 5 Millionen netto haben wir eigentlich in den letzten Jahren noch nie geschafft. Das müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen und ist sicher eines von den Themen, die wir hier haben. Jetzt wird es spannend, ihr könnt nicht alles lesen. Das Grüne, das eigentlich schöner wäre, könnt ihr fast nicht lesen, das tut mir leid. Steuereinnahmen total, die oberste Zeile, das wären die plus 426'000 Franken, wo wir einen höheren Ertrag haben als das Budget 2020. Und der Hauptknaller ist die zweitoberste Zeile, das sind die 1.7 Millionen mehr Einkommenssteuern von den natürlichen Personen. Das ist sehr positiv. Auf der negativen Seite haben wir einen Einbruch bei den Vermögenssteuern oder die Vermögenssteuern von den natürlichen Personen sind tiefer. Da haben wir relativ wenig Erklärungsbedarf. Das ist wahrscheinlich auch eine Veranlagungsgeschichte. Ich habe nicht das Gefühl, dass die Menschen in Worb plötzlich in einem Jahr ärmer geworden sind an Vermögen, aber das haben wir schlecht im Griff. Die Gewinnsteuern von den juristischen Personen sind das grosse Fragezeichen. Diese sind wieder deutlich eingebrochen mit 730'000 Franken. Wir haben das versucht, etwas zu analysieren, zu schauen. Es gibt keine Auffälligkeit, es hat nichts mit Corona zu tun, wir sprechen hier vom Vermögen oder Einkommen vom 2019, das man im 2020 versteuert. Also da hat man noch nichts von Corona gewusst. Was wir etwas feststellen konnten, dass eigentlich all die bekannten Firmen, wobei, das sind mehr gewerbliche, alteingesessene Firmen, weiterhin Steuern zahlen. Die einen mehr, die anderen weniger. Aber es hat ein paar Namen, die plötzlich aus der Steuerliste verschwinden und das haben wir schon festgestellt, damals als man die Gärtnerei Rüfenacht überbaut hat. Da werden Firmen gegründet, da werden plötzlich Firmen oder eine Filiale oder ein Filialbetrieb angesiedelt, bleiben ein paar Jahr in der Gemeinde und dann plötzlich verschwinden sie wieder und dann zahlen vom einen aufs andere Jahr keine Steuern mehr. Also keine Regelmässigkeiten. Wir müssen einfach etwas konsterniert feststellen, dass wir es einfach nicht schaffen, die Gewinnsteuern von den juristischen Personen richtig zu budgetieren. Die Liegenschaftssteuern mit 330'000 Franken minus, tiefer als das Budget. Das ist eigentlich ein Systemfehler. Das haben wir korrekt budgetiert, zum Zeitpunkt als wir das gewusst haben, hat der Kanton publiziert, wie viel die Liegenschaftssteuern im Kanton durchschnittlich erhöht werden. Wir haben diesen Wert ins Budget genommen. Später, gegen August oder erst im Herbst, haben sie dann eigentlich nachgereicht und nachverbessert und gesagt, dass es grössere Differenzen gibt. Gut für die Liegenschaftsbesitzer, dass sie nicht so viel hochgegangen sind in Worb wie der Durchschnitt im Kanton, schlecht für unser Budget, wo es dann halt eine Abweichung gibt. Das vielleicht einfach die wichtigen Posten beim Steuerertrag. Man sieht dann, wie er sich auf der Grafik entwickelt. Oben der Gesamtsteuerertrag und

unten, unser wichtigster Teil, nämlich die Einkommenssteuern von den natürlichen Personen. Wir sehen von 2014 auf 2015 die Steuererhöhung, den Sprung und anschliessend eigentlich 2016 und 2017 die Erwartungen, die wir einmal hineingetan haben. Wo wir auch nahe am Budget gewesen waren. Im 2018 und 2019 haben wir dann, aus fast nicht erklärbaren Gründen, einen Taucher gehabt und nun sind wir plötzlich wieder irgendwo auf einem Level, welches wir aufgrund des erwarteten Wachstums eigentlich schon früher erwartet hätten. Also wir beurteilen das heute sicher so, dass es wirklich das Wachstum ist. Die Gemeindeziele oder die Ziele des Gemeinderates sind eigentlich durchschnittlich 50 Einwohner mehr pro Jahr. Wir sind irgendwo auf dieser Zielkurve heute. Ihr habt im Verwaltungsbericht auch gesehen, dass es sehr wenige Beerdigungen gegeben hat und vielleicht sind uns ganz viele Steuerzahler, alte Steuerzahler, welche fast keine Steuern mehr bezahlt haben, verstorben und es sind junge Familien gekommen, die dann Neubauwohnungen beziehen und Steuersubstrat bringen. Ich denke für mich, dass nicht die Anzahl Einwohner, sondern die Neuzuzüger sind für mich der wichtigere Wert oder der direktere Wert, um sagen zu können, ob es ein Wachstum gibt im Steuerertrag oder nicht, aber das ist meine Interpretation. Bei den Juristen: Riesen Sprünge von Jahr zu Jahr, nicht direkt nachvollziehbar, nicht direkt erklärbar. Wir haben in den Vorjahren jeweils den Dreijahresdurchschnitt als Orientierung genommen, da haben wir nun gesagt, wir müssen weiter zurückschauen. Wir werden für künftige Budgets den Fünfjahresdurchschnitt nehmen. Und wenn ihr das nun irgendwie von 2014 bis 2020 versucht linear zu interpretieren, dann sehen wir schon, dass der durchschnittliche Steuerertrag von den juristischen Personen sogar leicht steigt, aber es ist nicht berauschend. Und dass wäre auch wieder die Aussage, die für Worb stimmt. Die Neuzuzüge, die wir natürlich sehr freudig zur Kenntnis nehmen, die haben natürlich im 2019 noch keine Löhne verdient und sind im Jahr 2020 noch nicht steuerpflichtig. Da hoffen wir natürlich schon, dass sich das Wachstum auch zahlenmässig etwas auswirkt. Nun schauen wir einmal, wo wir heute stehen. Wir haben im 2015/2016/2017 dann das Thema Schuldengrenze definiert und haben gesagt, dass wir aufpassen müssen, dass die Schulden nicht zu hoch sind und das Eigenkapital nicht zu tief ist. In den letzten Jahren haben wir uns stetig verbessern können. Wir stehen heute zahlenmässig im Vergleich mit der Entwicklung eigentlich sehr gut da. Das ist eine positive Entwicklung. Wir konnten das Eigenkapital von 7.5 Millionen auf 12.8 Millionen erhöhen. Da ist die finanzpolitische Reserve inbegriffen, die ist in der Definition der Schuldengrenze enthalten. Und andererseits haben wir, dank der hohen Liquidität und auch der tiefen Investition, natürlich Schulden abbauen können. Das Bild sieht schön aus. Wenn man weiss, dass daneben zu wenig investiert wird, ist es nicht ganz so schön, aber es gibt uns natürlich die Möglichkeit sagen zu können, dass wir in dieser Situation für die Zukunft gut gewappnet sind. Wir stehen vor dem Corona-Jahr, das wir budgetiert haben, wo wir gewisse Vorsichtsmassnahmen eingerechnet haben, wo wir nicht wissen was passiert. Wir haben ein negatives Budget gemacht aber wir haben Kapital zum investieren und wir haben auch Spielraum innerhalb der gültigen Schuldengrenze, um zusätzliche Geldmittel für grössere Investitionen aufzunehmen. Jetzt kommt die Folie, die Marco freut. Das habe ich nicht gewusst, das habe ich also nicht heute Abend noch schnell eingetragen. Die Finanzkennzahlen: Man sieht es jetzt hier auch etwas zu wenig gut. Grün-Gelb wäre so normal, wäre neutral und rot ist schlecht. Und eigentlich sieht man, die Grünen sind in der Mehrheit. Grundsätzlich hat sich Worb in den letzten Jahren verbessern können. Wir stehen heute bei sehr vielen Finanzkennzahlen gut da, überall dort wo es um Fremdvverschuldung und Liquidität geht. Dort stehen wir gut da. Wo uns eigentlich die Zahlen der Kanton vorgibt, das ist in der zweiten Spalte, könnt das eigentlich selbst beurteilen, könnt das selber erfinden, welches Smiley es gibt, hat es zwar Zahlen die gut aussehen, aber man muss etwas wissen, warum sie gut sind. Selbstfinanzierungsgrad auch und Selbstfinanzierungsanteil. Ja, wenn man wenig investiert hat man selbstverständlich einen hohen Selbstfinanzierungsgrad, wenn man etwas Geld hat. Daher sind die nur mittelpträchtig gut. Müssen wir uns einfach bewusstwerden und der Investitionsanteil mit unter 10 Prozent, sagt sogar der Kanton, gilt als schwach. Dort sind wir nicht im Hick. Dann die Finanzkennzahlen, das ist der Benchmark mit den Vergleichsgemeinden, die immer dieselben sind. Es ist auch immer die gleiche Datenqualität, muss man auch noch sagen. Während dem man auf der vorderen Folie die Zahlen haben aus unserer eigenen Buchhaltung, sind die Zahlen hier, die vom Kanton, aber bei allen Vergleichsgemeinden sind es die vom Kanton. Die weichen etwas voneinander ab, wenn man da daher so einen Eins-zu-Eins-Vergleich hat auf den Franken genau, gibt es gewisse Differenzen. Aber wir nehmen immer den gleichen Ecken. Es geht hier nicht um eine absolute Zahl, sondern mehr um das Verhältnis und die Entwicklung. Wir können heute schauen, dass wir uns in den Finanzkennzahlen innerhalb dieser Vergleichsgemeinden so langsam ins Mittelfeld hineintun, aber wir haben den höchsten Steuersatz und müssten eigentlich mit dem Steuersatz weiter vorne sein. Also es sieht im Moment nicht schlecht aus aber es ist weit weg von toll. Also dass das auch ganz klar ist. Dann komme ich eigentlich zum Fazit. Das habt ihr gelesen. Der Allgemeine Haushalt mit 299'000 Franken im Plus aber 2.14 Millionen Franken haben wir in die Finanzpolitische Reserve einlegen können und das erhöht

unser Eigenkapital massiv. Das ist positiv. Der Gesamtsteuerertrag, ich habe es bereits gesagt. Wir nehmen es auf als Indiz vom Bevölkerungswachstum, das stattgefunden hat und jetzt langsam in eine Steuerpflicht kommt. Keine Auswirkungen von Corona in den Steuern im Rechnungsjahr 2020, das wird erst ab 2021 allenfalls zum tragen kommen. Und noch einmal die Investitionen, die deutlich zu tief sind, tiefer als wir das geplant haben. Begründungen habe ich bereits gesagt und dann kommt eigentlich der Schluss. Mit dem Rechnungsergebnis können wir uns den finanziellen Handlungsspielraum weiter vergrössern, wir können Mehraufwendungen aus der dringenden Investitionstätigkeit oder auch Mindereinnahmen, wie budgetiert aufgrund der Corona-Krise länger auffangen. Wir sind schon mitten in der Budgetphase, oder schon fast fertig und wir befassen uns mit dem Finanzplan. Dann kann man heute sagen, dass die Zahlen nicht viel besser werden, die Investitionen werden nicht kleiner, die wir noch machen sollten, aber das Thema oder die Angst vor einer allfälligen Steuererhöhung verschiebt sich natürlich mit diesen Reserven ein zwei Jahre nach hinten und die Hoffnung besteht natürlich, dass die Entwicklung des Steuerertrages, die wir da in diesem Jahr gesehen haben, dass das weitergeht. Das ist eigentlich das Einzige, was uns substantiell noch etwas zum Loch hinaus holt. Und die Reserven, die sehen im Moment sehr gut aus, aber wir sind uns alle bewusst, was auf uns zukommt. Wir sind dann schon bald gespannt, was dann der Wettbewerb vom Roten Schulhaus für Zahlen hervorbringt und wie wir dann diskutieren, ob wir das machen wollen. Einfach aus Sicht von den Finanzen können wir uns solche Projekte, wenn sie sauber geplant sind, wenn sie echten Kosten entsprechen und nicht Luxusinvestitionen sind, aus meiner Sicht leisten.

Goetschi Thomas, SP+Grüne: Die Fraktion SP+Grüne hat die Rechnung 2020 zur Kenntnis genommen und wird sie genehmigen. Wir wollen an dieser Stelle am gesamten Team unter der Leitung von Markus Läderach und Jonas Weil für die Arbeit danken. Es freut uns, dass sich die Finanzlage weiter stabilisiert hat und dass ein Ertragsüberschuss von rund 299'000 Franken resultiert. Eine weitere Erhöhung der finanzpolitischen Reserve um 2.1 Millionen Franken ist zu vermelden. Die Jahresrechnung schliesst positiv, was ein verantwortungsvoller Umgang mit den Finanzen durch die Verwaltung zeigt. Andererseits ist zu wenig investiert worden. Ich sage in jedem Jahr dasselbe. Es wäre nicht gut, wenn wir uns vom Gesamtergebnis würden blenden lassen. Es würde ganz anders aussehen, wenn wir das Investitionsprogramm durchgezogen hätten. Ausserdem werden wir, die von Markus Läderach erläuterten Besserstellungen, nicht in jedem Jahr erleben dürfen. Auf der anderen Seite haben wir gesehen auf der Grafik, dass wir das Fremdkapital von 33.7 Millionen im Jahre 2016 auf 19 Millionen senken konnten. Das sind Sage und Schreibe 14 Millionen. Und dazu kommen noch 5 Millionen Eigenkapital, das wir zusätzlich aufgebaut haben. Unsere Fraktionsmeinung ist aufgrund dieser Zahlen wie folgt: Wir müssen kein schlechtes Gewissen haben, wenn wir jetzt in den nächsten Jahren etwas mehr investieren. Wir wollen ja das Volkseigentum nicht verlottern lassen. Ausserdem können wir bei der Spardebatte nach den Sommerferien auch einmal ein Auge zudrücken. Es würde ja seltsam anmuten, wenn man bei diesen Zahlen extrem sparen würde. Wir finden, dass sich die öffentliche Hand, im Rahmen vom Möglichen, antizyklisch verhalten sollte. Die Wirtschaft braucht ja Aufträge, um wieder in Schwung zu kommen. Ich persönlich freue mich auf die Erarbeitung von konstruktiven Lösungen mit den anderen Parteien. Mein Fazit: Wir müssen also weiterhin klug investieren und die Kosten im Griff haben und sonst sind wir sehr gut aufgestellt und freuen uns auf viele Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger.

Zingg Stephan, SVP: An dieser Stelle herzlichen Dank, Jonas Weil, Markus Läderach, für eure Arbeit. Ich weiss, was es zu tun gibt. Ich habe vier Punkte: Investitionen, einmal mehr. Ich wiederhole mich alle Jahre. Wir sind einfach etwa in dem Bereich von den 5 Millionen, wo ich schon immer sage. Ich bin gespannt, ob es die Gemeinde schafft, tatsächlich mehr zu investieren, trotzdem, dass man ein höheres Investitionsprogramm vorsieht. Mehreinnahmen bei den Einkommenssteuern, 1.7 Millionen. Das ist mehr als ein Steuerzehntel höher. Mehr als ein Steuerzehntel. Das Eigenkapital, wir haben es auch schon gehört, 12.8 Millionen. Das Minimum, dass wir haben sollten, sind 5 Millionen. Schulden, 19 Millionen, das haben wir auch schon gehört. Das Maximum wäre dort 40 Millionen. Wir sind also weit davon weg, dass wir dort in ein Problem hineinlaufen. Daher hat die SVP nach wie vor eigentlich das grosse Ziel, dass wir mittelfristig eine Steuersenkung erzielen können, wenn wir nicht in der Lage sind, mehr zu investieren. Wir werden schlussendlich der Jahresrechnung zustimmen.

Jorio Marco, Mitte/glp: Natürlich freut sich auch unsere Fraktion, dass die Gemeinderechnung statt mit einem Defizit, mit einem kräftigen Plus, mit einer Differenz, mit einer Besserstellung von 613'000 Franken abschliesst. Auch hier natürlich unser Dank. Aber die Besserstellung ist aus unserer Sicht natürlich teuer erkauft

worden. Einerseits verkauft man unser Tafelsilber und veräussert Liegenschaften und Wasserleitungen und das kann man dann nicht ewig machen, wir haben es schon gehört. Andererseits werden unsere gemeindeeigenen Liegenschaften auch besser bewertet. Auch das passiert nicht jedes Jahr. Und halt einmal mehr, unser Steckenpferd, die fehlenden Investitionen oder die zu tiefen Investitionen. So ist es natürlich einfach, Überschüsse zu erzielen. Es werden im Handout, wir haben es vorhin gesehen, neun Investitionsposten aufgezählt, in der grossen Rechnung sind es dann aber auf Seite 12 15 beschlossene Investitionsprojekte, welche nicht ausgeführt worden sind. Markus hat einige vorgeführt. Warum sie nicht realisiert worden sind, wir fragen in jedem Jahr, wird aber nicht gesagt. Wir starten aus diesem Grund anschliessend eine kleine Anfrage und bitten den Gemeinderat, uns zu sagen und eine kurze Begründung zu geben, wieso die 15 nicht realisiert worden sind. Dann ist uns aufgefallen, in der gleichen Rechnung, also in der grossen Rechnung auf Seite 49, wird eine lange Liste von Beteiligungen aufgelistet und da wissen wir eigentlich nicht, was die uns gekostet haben. Wir haben das versucht herauszufinden in der Sachgruppe 46 mit Transferaufwand, haben es aber nicht geschafft. Und noch eines, worauf ich hinweisen will, ist die beeindruckende Zahl auf Seite 28, Markus hat sie gezeigt. Also die Verschuldung sinkt kontinuierlich und das Eigenkapital ebenso kontinuierlich, geht nach oben. Wir haben jetzt also 2016, wenn ich das richtig gesehen habe, ein Delta von 26 Millionen minus gehabt, jetzt haben wir ein Delta von 6 Millionen. Bald kreuzen sich die beiden Kurven. 20 Millionen in fünf Jahren, also das muss man sagen, dass ist eine super Leistung von der Gemeinde, vom Gemeinderat, von den Verantwortlichen. Gut, dass ist natürlich dank dem hohen Steuerfuss und der Investitionstätigkeit auch nicht so schwierig. Aber eigentlich müsste man jetzt wirklich Dampf aufsetzen bei den Investitionen und wir fragen uns schon, was eigentlich noch eine vernünftige Verzichtsplanung wäre, wie die aussehen könnte. Wir schauen uns die dann ganz genau an. Auch wir haben uns gefragt, ob man nicht bald einmal, trotz der Pandemie, wenn die Finanzzahlen weiter gut sind, nicht halt doch vielleicht auch einmal über den Steuerfuss reden müsste. Unsere Fraktion wird also mit Überzeugung dieser Rechnung zustimmen.

Marchand Andy, FDP: Ich kann mich im Namen unserer Fraktion den verschiedenen Vorredner anschliessen. Es hat noch einen kleinen Schönheitsfehler, den wir entdeckt haben. Auf Seite 29 ist auf der Tabelle die Rede von einer Vergleichsgrösse. Da kann man irgendetwas vergleichen. Und dann heisst es dort: Massgebliches Einkommen pro Einwohner im Rechnungsjahr 2019: CHF 1'223.80. Ich weiss jetzt nicht. Heisst das, der Worber verdient etwa so viel pro Jahr? Ich weiss es nicht. Ich weiss einfach nicht, was man da vergleichen kann. Aber wenn man dann noch eine Seite weiterblättert, hat er dann auf Seite 30 nur noch CHF 1'177.06 verdient. Vielleicht gibt es da irgendeine Begründung für die Differenz. Sonst nimmt die Fraktion FDP Die Liberalen zur Kenntnis, dass gemäss den Metadaten vom Handout, das wir erhalten haben zur Jahresrechnung, die auf der Homepage veröffentlicht worden ist, der Autor vom Bericht Jonathan Gimmel ist von den Zentralen Diensten der Präsidialdirektion der Stadt Bern. Weiss nicht, ob das auch so gewollt ist, aber es steht da jedenfalls so im Dokument. Vielleicht zum wichtigeren Teil meiner Aussage: Die Fraktion FDP wird dieser Jahresrechnung natürlich zustimmen und sie genehmigen, nimmt zur Kenntnis, dass die Bauabteilung ihr Budget zwar etwas überschritten hat, aber dass es auch mit den guten Resultaten der anderen Abteilungen hat wettgemacht werden können und verdankt die grosse Leistung, die insgesamt hinter dieser Rechnung steht und hinter all diesen aufgeführten Posten.

Lädrach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Besten Dank, wir nehmen das Lob natürlich immer sehr gerne entgegen. Es ist immer schön, wenn man solche Zahlen präsentieren kann. Zwei Bemerkungen: Es ist sicher der richtige Weg für so Detailfragen, den Weg über die einfache Anfrage zu gehen, Marco. Denn das ist in der Vorbereitung von den ganzen Sitzungen da, ein hin und her und das Beantworten ist relativ schwierig. Also wir freuen uns, wenn die Fragen konkret in Form einer einfachen Anfrage eingereicht werden. Dann kann man sie auch seriös beantworten. Täuscht euch nicht, viel mehr Investitionen würden das Budget nicht grundsätzlich sofort schlechter machen. Es würde einfach die Reserven und das Eigenkapital brauchen, weil man das Geld ausgibt. Es sind nur die Abschreibungen, die die laufende Rechnung betreffen. Also wir können uns das grundsätzlich schon leisten. Noch einfach zum Eigenkapital. Zu dir, Andy, wir weisen ein Eigenkapital aus und wir haben irgendwo eine Einwohnerstatistik und das ist einfach eine Vergleichskennzahl und die zeigt ein wenig, wenn die zurück geht, würden wir sagen, dass wir Vorräte abbauen und wenn die steigt, dann können wir Vorräte aufbauen. Aber das ist einfach eine der Finanzkennzahlen, die der Kanton eigentlich auch herausgegeben hat, die wir anwenden. Und dass die Zahlen nicht die gleichen sind. Ich habe vorhin versucht, es zu erklären. Die Finanzkennzahlen, wo nur Worb darauf ist, kommen aus unserer Buchhaltung und die hat eine Differenz zu den Zahlen, die wir aus der Statistik vom Kanton haben. Warum sind die Zahlen nicht gleich? Wir

können ja nicht mit unseren Zahlen, Zahlen von den Nachbargemeinden erheben wollen. Also müssen wir dort immer die gleiche Datenquelle, immer den gleichen Ecken nehmen für jede Darstellung, die wir immer machen. Das ist sichergestellt. Uns schön ist, dass es da eine Differenz gibt. Ich habe noch ein Nachtrag, ich habe nämlich vergessen, den Antrag zu stellen. Der Gemeinderat beantragt dem Grossen Gemeinderat die Rechnung zu genehmigen. Dass das einfach der Form halber noch gemacht würde.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. a der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Die Jahresrechnung per 31. Dezember 2020 mit Aktiven und Passiven von CHF 68'700'949.91 und einem Ertragsüberschuss von CHF 13'351.37 wird genehmigt.
2. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

"Standortmarketing Worb - Wie weiter?", Postulat der FDP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 404	Datum 21.06.2021	Traktandum 5	Beschlussnummer 2021/24-37	Geschäftsnummer 33947	Archivnummer 31/62
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Marchand Andy, FDP: Welches Worb wollen wir sein? Wollen wir das Worb sein, wo an der Berner Tramlinie ist, wo jedes zweite Tram am Abend im Siloah wendet? Wollen wir das Worb sein, wo die Jungen nach der 9. Klasse oder spätestens nach dem Lehrabschluss wegziehen? Wollen wir das Worb sein, wo vor einem halben Jahrhundert ein Wasserreservoir für 25'000 Leute gebaut hat und heute sind wir erst 11'500. Wollen wir das Worb sein, wo eine Umfahrungsstrasse viele von uns weghält, was vielleicht Arbeitsplätze schaffen könnte? Wollen wir einen verkehrsberuhigten Dorfkern, wo das Gewerbe daraus abwandert? Wollen wir eine Agglomerationsgemeinde sein mit Dorfplätzen wie in Worb und Rüfenacht, wo einen Nutzungsvertrag für ein Dutzend Anlässe pro Jahr hat, wo man jedoch nicht davon profitiert? Wie stellen wir uns zu Projekten wie Bern neu gründen? Wir sind zwar an der Tramlinie, haben jedoch nicht gerade die gleichen finanziellen Argumente wie Muri-Gümligen. Wollen wir dort dazu gehören? Wollen wir die Gemeinde sein mit dem mit Abstand höchsten Steuerfuss im Vergleich zu den Referenzgemeinden? Was ist unser Standortvorteil? Warum soll man nach Worb wohnen kommen? Warum soll man in Worb arbeiten kommen? Was haben wir zu bieten? Sind wir die ruhige Schlafvorstadt für städtische, kantonale und Bundesbeamte in Kombination mit ein paar landwirtschaftlichen Betrieben und ein wenig Holzindustrie? Oder wären wir auch gerne ein Ort, wo man hin in den Ausgang geht, wo man sonst gerne hin geht, wo es etwas zu sehen gibt, wo gearbeitet wird, wo Kunst, Kultur und Leben stattfindet? Ich habe die Antwort nicht auf alle diese Fragen. Ich nehme für mich auch nicht in Anspruch, dass alle meine Antworten unbedingt mehrheitsfähig sein müssten, aber wir sind genau der Meinung, dass es für die Beantwortung von diesen Fragen eine Gruppe, Institution oder Kommission geben muss, welche sich per Auftrag um diese Fragen kümmert, nach Antworten sucht und Lösungen vorschlägt. Und zwar nicht nur beim allfälligen Bedarf, sondern proaktiv und ganz konkret. Ich bitte daher das Parlament darum, das Postulat als erheblich zu erklären, aber nicht als erledigt abzuschreiben.

Hodler Adrian, SP+Grüne: Die SP+Grüne-Fraktion ist erstaunt. Einerseits über die Urheberin des Postulats, andererseits auch und vor allem über die Antwort des Gemeinderates. Wir sind etwas überrascht gewesen, dass dieses Postulat gerade von der FDP gekommen ist. In der Vergangenheit hat sich die FDP durchaus kritisch gegenüber der Ortsmarketingkommission gezeigt. Jetzt, wo die OMK der Vergangenheit angehört,

scheint sie ihr doch irgendwie nachzutruern. Nichtsdestotrotz unterstützen wir die Stossrichtung des Postulats. Beim aktiven Standortmarketing sieht auch die Fraktion SP+Grüne durchaus Handlungsbedarf. Im Sinne des Postulats wünschen wir uns eine vertiefte Analyse der entsprechenden Möglichkeiten bzw. Alternativen zur OMK. Deshalb sind wir auch über die Antwort des Gemeinderates ausgesprochen erstaunt. Seine Analyse der Situation überzeugt uns nämlich nicht. Als erstes beklagt er sich darüber, dass das Engagement innerhalb der OMK nur beschränkt gewesen sei. Das mag zutreffen, doch blendet der Gemeinderat in seiner Darstellung wesentliche Punkte aus. Aus dem Umfeld der OMK sind folgende Gründe für die Probleme in der Kommission zu vernehmen gewesen: Erstens hat die OMK keine klar definierten Kompetenzen gehabt. Darum beschäftigte man sich ausführlich mit Belanglosigkeiten, zum Beispiel der Gestaltung der Briefköpfe oder der Visitenkarten der Gemeindeverwaltung. Zweitens hat es der Kommission an Führung gemangelt. Initiativen von Kommissionsmitgliedern haben beim Gemeinderat und insbesondere beim Präsidenten der OMK kaum Gehör gefunden. Drittens haben die OMK-Sitzungen jeweils am Mittag stattgefunden, nicht optimal für berufstätige Personen. Und da wundert sich der Gemeinderat, dass die Kommissionsarbeit nicht reibungslos funktioniert hat. Auch die Ausführungen des Gemeinderates zur Nachfolgelösung für die OMK überzeugen uns nicht. Im Wesentlichen schlägt er vor, mit interessierten Kreisen das Gespräch zu suchen. Weiter, so schreibt er zumindest, sollen im Rahmen dieser Veranstaltungen Projekte und Massnahmen für eine Attraktivierung der Gemeinde Worb eingebracht und diskutiert werden. Und nachher? Reden kann man noch über vieles. Uns fehlt ein Ziel, eine Vision, wo der Gemeinderat mit dem Standortmarketing eigentlich hin und mit welchen Mitteln er dies erreichen will. Und ganz grundsätzlich würde uns interessieren, was der Gemeinderat unter Standortmarketing eigentlich versteht. Wenn damit neue Visitenkarten für die Gemeindeverwaltung gemeint sind, dann lässt mich das etwas ratlos zurück. Als Alternative zu diesen ungefähren Ausführungen erachten wir es weiterhin als notwendig, dass ein Gefäss geschaffen wird, das als Drehscheibe für Fragen des Standortmarketings dient. Dabei muss es sich nicht um eine Kommission handeln. Zu denken wäre etwa an einen professionellen Standortförderer. Auf jeden Fall scheinen uns die Forderungen aus dem Postulat mit der Antwort des Gemeinderates keineswegs erfüllt zu sein. Die Fraktion SP+Grüne wird darum das Postulat als erheblich erklären. Entgegen dem Antrag des Gemeinderates sehen wir das Postulat allerdings nicht als erfüllt an. Wir beantragen daher ebenfalls, das Geschäft nicht abzuschreiben. Wir schliessen uns mit anderen Worten der FDP an.

Suter Michael, FDP: Nur zwei kurze Punkte von meiner Seite. Ich möchte mich erstens bei der SP für diesen Sukkurs bedanken. Besten Dank, dass ihr hier mithelft. Auch wir sehen tatsächlich Handlungsbedarf. Zweitens kann ich kurz dies ins rechte Licht rücken, dass wir durchaus diese Kommission auch als kritisch gesehen haben. Wir sind seit längerem daran, das Kommissionswesen ein wenig zu durchleuchten und sind einfach der Meinung, entweder macht man es und dann macht man es richtig oder man lässt es ganz sein. Man hat in dem Sinne schon Anträge gestellt, um Kommissionen aufzuheben. Dafür haben wir keine politische Mehrheit gefunden und dann muss man sie so revidieren, dass sie entsprechend funktionieren.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Ich bin da doch grenzenlos erstaunt über das Votum des Sprechers von der SP+Grüne-Fraktion. Dies mit der Visitenkarte möchte ich doch dann noch etwas genauer hören. Dies erstaunt mich grenzenlos, dass solche Sachen in den Raum gestellt werden, wo schlicht nicht stimmt. Dies ist zwar tatsächlich einmal passiert und war ein Teil davon, aber dies ist nicht einfach das Wesen der Kommissionsarbeit gewesen, welche geleistet wurde. In dem Sinne weise ich dies völlig und ganz klar zurück. Dass man kein Gehör bei mir hätte finden sollen, weise ich ebenso zurück, denn die Kommissionssitzungen hätten stattgefunden. Sie konnten einfach vielfach nicht tagen, weil wir nicht beschlussfähig waren. Den Mittagstermin haben wir mit der Kommission so abgemacht. Dies wurde nicht von uns so verfügt. Dies wurde durch die Kommission so abgestimmt und hätte so durchgeführt werden sollen. Aber wie gesagt, wenn man nicht beschlussfähig ist, ist es halt tatsächlich ein wenig schwierig. Jetzt wenn ihr den Vorstoss von der FDP anschaut, dann steht dort ja insbesondere schaffen eines Gefässes oder einer Plattform, um den Austausch zwischen der Verwaltung und der Anliegen des Gewerbes zu fördern. Genau dies schaffen wir. Wir sagen, dass wir uns zwei Mal im Jahr mit Vertretern des Gwärb Vereins treffen. Sie werden eine Delegation stellen und der Gemeinderat wird eine Delegation stellen. Dann werden genau diese Anliegen dort besprochen, welche von Seite des Gewerbes bestehen. Wir werden schauen, wie wir diese Sachen aufnehmen und umsetzen können. Aber dies wird genau so passieren. Das Anliegen des Postulats ist so erfüllt. Daher sehe ich nicht ein, warum man diesen Vorstoss nicht will abschreiben können. Dann noch zu dir, Andy Marchand, zur Zukunft der Gemeinde. Dies sind genau Fragen, welche sich der Gemeinderat zu stellen hat, wenn er die Gemeindeentwicklung ausarbeitet. Genau dies sind wir im Moment am Erstellen. Die Gemeindeentwicklung 2021 – 2025 beinhaltet zuerst ein

Zukunftsbild 2041. Da ist die Frage, wie die Gemeinde in 20 Jahren aussehen soll. Dann beinhaltet sie ein Leitbild. Dies sagt im Wesentlichen, was passieren muss, dass man dorthin kommt. Und der Massnahmenplan sagt dann aus, was in den nächsten vier Jahren vorgenommen werden muss, also in der laufenden Legislatur, dass man dann effektiv in diese Richtung hinkommt. Dies sind Fragen, welche sich üblicherweise der Gemeinderat stellt. In dieser Arbeit stehen wir. Wir werden im September das Geschäft hier im GGR behandeln. Ich bitte euch, das Postulat zwar anzunehmen, aber dann auch als erfüllt abzuschreiben.

Büchel-Wampfler Sandra, SP+Grüne: Es erstaunt mich doch jetzt schon ein wenig, dass du Niklaus sagst, dass sich der Gemeinderat überlegt hat, wie Worb in 20 Jahren aussehen sollte. Ich hatte ehrlich gesagt noch nie den Eindruck, dass der Gemeinderat dies wisse. Ich hatte auch nicht den Eindruck, dass er eine Vision hat.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Dies ist ein Bestandteil der Gemeindeentwicklung, wo wir jetzt daran sind. Dies ist ein Element davon. Bei der letzten Gemeindeentwicklung hat man das Zukunftsbild 2037 gemacht und jetzt in diesem Jahr sind wir an der Ausschaffung des Zukunftsbilds 2041. Dies kannst du im Internet nachschauen.

Beschluss zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion und SP+Grüne-Fraktion:

Das Postulat der FDP-Fraktion mit dem Titel "Standortmarketing Worb – Wie weiter?" soll nicht abgeschrieben werden.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion und der SP+Grüne-Fraktion wird mehrheitlich gutgeheissen.

Beschluss:

Das Postulat der FDP-Fraktion mit dem Titel "Standortmarketing Worb – Wie weiter?" wird als erheblich erklärt.

Schulanlage Wattenwil-Bangerten; Einbau Gemeinschaftsraum: Nachkreditbewilligung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 404	21.06.2021	6	2021/24-38	31966	32/2/6

Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Bircher Andreas, GPK: In der Botschaft zum Antrag für einen Nachkredit für den Einbau eines Gemeinschaftsraums im ehemaligen Schulhaus Wattenwil-Bangerten sind mir und meinen Kollegen von der GPK zwei Sätze aufgefallen. Und zwar die Begründung für den Nachkredit. Ich zitiere: "Die Gründe dafür sind heute nicht mehr nachvollziehbar. Die verantwortlichen Personen sind nicht mehr für die Gemeinde Worb tätig." Mit Verlaub, dies heisst doch frei übersetzt, wir haben ein Puff. Auch wenn es sich mit 30'000 Franken um einen vergleichsweise kleinen Betrag handelt und die Überschreitung "nur" 12.5 Prozent des Gesamtbetrages beträgt, ist die Vorlage aus der Sicht der GPK ungenügend, dürftig und auch für die GPK selber nur schwer nachvollziehbar. Was ist mit BKP 4 und BKP 5 gemeint? Was hat es damit auf sich? Für nicht Baufachleute, wie mich, ist dies etwa das gleiche wie Bahnhof. Wie ist dies genau mit der Mehrwertsteuer, welche offenbar irgendwie vergessen gegangen ist. Wir haben zurückgefragt und haben die Antworten zu BKP 1 und BKP 2 erhalten und was es damit auf sich hat. Die GPK erwartet vom Gemeinderat, dass die Fragen von uns geklärt sind. Ansonsten sehen wir uns veranlasst, die Rückweisung zu beantragen.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Gut, versuchen wir das Puff hier aufzulösen. Ich weiss, es ist schwierig als Gemeinderat, wo manchmal ein wenig die Visionen fehlen. Dies ist jetzt zwar ein wenig in die Respektiven, wo man zurückschauen muss, was damals im 2009 passiert ist. Was damals vorgefallen ist, dass

man einen Kredit von 210'000 Franken bewilligt hat, obschon Kostenberechnungen für 240'000 Franken vorhanden waren, ist nach wie vor ein Rätsel. Alle involvierten Personen, welche damals hier waren oder in der Verantwortung waren, sind tatsächlich nicht mehr hier. Es hat zwar noch ein paar vereinzelte Mitglieder, welche damals schon im GGR waren und mitgeholfen haben, diesen Kredit zu bewilligen, aber dies ist soweit zurück und da kann niemand mehr ganz genau sagen, warum dies so passiert ist. Dies ist eine ehrliche Äusserung, welche man hier in der Vorlage macht. Klar kann man sagen, die haben damals ein Puff gehabt oder es sei ein Puff, aber ich denke, gerade so einfach darf man es sich nicht machen. Zu der Vorlage selber: Mit den Abkürzungen ist es immer so ein Thema und eine Sache. Auch ich muss ehrlich sagen, ich komme nicht aus diesem Business von den Ingenieuren und Architekten. Unser neuer Verantwortlicher, den wir für die Gemeindegemeinschaften haben, kommt aus diesem Business und hat die Abkürzungen so geschrieben. Für ihn ist dies einfach eine Selbstverständlichkeit. Aber es ist berechtigt, wenn man dies hinschreibt, dann muss man auch für den Normalsterblichen sagen, was es heisst. Du hast dies auch richtig gesagt. Die Baukostenplanung ist eine Kostenaufteilung von sämtlichen Arbeitsgattungen nach den SIA-Normen des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins. Diese wissen dann genau, wenn man BKP 1 sagt, dann handelt es sich um die Umgebungsarbeiten. Sven Christensen schüttelt zwar den Kopf. Er wird es wahrscheinlich dann erklären. Ich habe dies jedenfalls so mitbekommen. Nein, du hast recht. Beim BPK 4 handelt es sich um dies. Beim BPK 5 handelt es sich um Baunebenkosten. Seien dies Anschlussgebühren, Gesuchskosten und solche Sachen. Aber es ist richtig, dass man dort sagen muss, was es eigentlich genau ist. Zu den Zahlen gibt es auch noch zu sagen, dass zum Teil bei den Baukostenberechnungen vom 2009 Mehrwertsteuern eingerechnet wurden und zum Teil nicht. Zum Teil wurden Mehrwertsteuersätze von 7.6 Prozent gerechnet. Jetzt haben wir 7.7 Prozent, wo wir einrechnen müssen. Hier in der Botschaft geht es auch darum, aufzuzeigen, wo jetzt diese 30'000 Franken verloren gegangen sind bzw. wo man diese jetzt einplant, dass man den Gemeinschaftsraum baulich umsetzen kann. In der Baukastenplanung 1 sind 10'000 Franken eingeplant. In der Baukostenplanung 2 sind 16'900 Franken eingeplant. In der Baukostenplanung 4 und 5 sind 2'500 Franken eingeplant. Warum gibt es dort Differenzen zur ersten Berechnung, welche es eigentlich im 2009 gegeben hat? Seinerzeit hat man bei der Baukostenplanung 4 und 5 9'000 Franken eingerechnet. Dort war jedoch die Mehrwertsteuer von 9'7000 Franken nicht enthalten. Jetzt hat man in der Baukostenplanung 4 5'000 und in der Baukostenplanung 5 7'2000 Franken eingerechnet. Dies sind die 12'200 Franken und dies gibt eine Differenz zum 2009 von 2'500 Franken, welche man hier in den Antrag nimmt und dann schlussendlich die 30'000 Franken gibt, welche man für diesen Umbau zusätzlich beanspruchen möchte und wir mit diesem Nachkredit zu euch gelangen. Ich weiss, es tönt ein wenig verwirrt und eigentlich schwer verständlich, ich muss das zugeben, aber ich kann es fast nicht anders erklären. Dass das Ganze in den Baukostenplanungen mit diesen Zahlen hinterlegt war, wurde einmal so und dann wieder so erklärt. Schlussendlich ist es jetzt so, dass diese 30'000 Franken im Raum stehen. Dies ist der Betrag, welchen man haben muss, um den Bau zu realisieren. Da sind nun die Mehrwertsteuern von 7.7 Prozent inbegriffen in diesem Antrag. Es ist so, dass wir vorher noch eine Kostenberechnung hatten und dort war die Ausgangslage noch ganz anders, weil man am Anfang von einem Stockwerkeigentum ausgegangen ist. Dies war eine falsche Voraussetzung. Denn wenn man von einem Stockwerkeigentum ausgeht, dann ist man bei Sanierungen von Gebäudehüllen und Dach als Stockwerkeigentümer mit im Boot. Man hat dann später festgestellt, dass wir gar kein Stockwerkeigentum haben, sondern man hat eine Dienstbarkeit für 30 Jahre mit den Liegenschaftskäufern vereinbart. Daher sieht es jetzt anders aus und man ist mit einem tieferen Kreditantrag gekommen, als man ursprünglich gedacht hat. Die Finanzkommission hat dies auch gesehen und hat auf die Unterschiede der Kostenteilung hingewiesen. So ist man dann auf die 240'000 Franken gekommen. Bzw. man konnte die Kosten tiefer ansetzen, da man sich an der Sanierung der Liegenschaft nicht beteiligen musste. Es gab noch eine weitere Frage dazu. Einerseits hat man den Dienstbarkeitsvertrag für 30 Jahre gemacht. Weiter unten steht dann bei der Auswirkung der Folgekosten, bei einer angenommenen Nutzungsdauer von 25 Jahren. Da kam die Frage, warum man unterschiedliche Anzahl Jahre genommen hat. Das Eine ist ein Vertrag über 30 Jahre, wo man macht und das Andere ist die gesetzliche Vorgabe aus dem HRM2, dass man solche Investitionen innerhalb von 25 Jahren abschreiben muss und mit den Folgekosten darstellen. Dies ist die Ausgangslage, welche wir dort haben. Die Baubewilligung haben wir vom Statthalter. Jetzt geht es darum, dass man noch den Nachkredit von 30'000 Franken hier im Parlament holt. Dies sind meine Ausführungen auch zu deinen Fragen und deinen Bedenken, Andreas, welche du von Seite GPK hattest. Diese kann ich einfach nur so erklären. Ich hoffe, dass ihr vom Parlament dem Antrag des Gemeinderates für den Nachkredit um diesen Gemeinschaftsraum zu sanieren, zustimmt.

Federer Guido, SP+Grüne: Als erstes möchte ich festhalten, wir sind ganz klar nicht der Ansicht, dass wir Wattenwil-Bangerten den Raum wegnehmen möchten. Aus unserer Sicht haben die Aussenorte auch ein Anrecht auf Gemeinschaftsräume. Es geht also nicht darum, dass wir gegen diesen Raum sind. Aus unserer Sicht ist jedoch die Botschaft ungenügend. Darum stellen wir auch einen Rückweisungsantrag und wollen folgende Punkte ergänzt haben: Die Kreditbewilligung ist zwölf Jahre her und jetzt kommt man mit einer Botschaft, wo hier sicher niemand mehr von damals dabei ist. Wo nicht klar ist, was dies überhaupt für ein Raum ist. Was umfasst dieser alles. Was bekommen wir für diesen Raum. Was sind die Baumassnahmen. Für uns müssten die Gesamtkosten dargestellt sein und auch die Baumassnahmen beschrieben sein. Dann ist dahinter ein Plan. Ich würde mich ja bedanken, wenn dem GGR mein Badezimmer und Schlafzimmer einfach so veröffentlicht wird. Aus meiner Sicht müsste der Plan angepasst werden. Es muss ersichtlich sein, was zu diesem Projekt gehört und was nicht zum Projekt gehört. Die privaten Sachen des Umbaus des Schulhauses gehen mich eigentlich nichts an. Dann müssten aus unserer Sicht auch Massnahmen dargelegt werden, ob es Einsparungsmassnahmen gibt, dass man mit dem bestehenden Kredit durchkommt. Man müsste auch darlegen, warum nur ein Edelrohbau gemacht werden könnte und was könnte man denn nicht realisieren. Ihr habt die Bewilligung schon. Mir ist jedoch nicht klar, ob ihr bereits begonnen habt. Aus unserer Sicht kann es nicht sein, dass man jetzt bereits mit dem Geld baut, welches wir haben und durch dies ein Sachzwang geschaffen wird, dass das Parlament gar nicht mehr anders entscheiden kann. Darum bitten wir euch, unseren Rückweisungsantrag zu unterstützen.

Kölliker Lenka, FDP: Wir sehen dies gleich wie die SP. Die Vorlage wird uns sehr dünn vorgelegt und wirft eigentlich mehr Fragen auf, als sie beantwortet. Im Jahr 2009 wurde hier ein Kredit bewilligt. Ich denke, nur die Wenigsten können sich daran erinnern. Wir wissen nicht, was drin war und was es beinhaltet hat. Zum damaligen Zeitpunkt hat es vielleicht Sinn gemacht, da das Haus im Alleineigentum der Gemeinde war. Nach dem Verkauf im 2020 haben sich jedoch die Lage und die Voraussetzungen geändert. Hier unsere Fragen. Ich glaube, die meisten wurden bereits erwähnt. Sind wir hier Miteigentümer der Liegenschaft? Bruno hat dies geklärt. Im ersten Antrag an die Kommissionen hat man über Miteigentum der Gemeinde gesprochen. In diesem Antrag sprechen wir über das Nutzungsrecht für einen Zeitraum von 30 Jahren. Falls wir hier im Nutzungsrecht sind, ist sehr fraglich, ob der Kredit aus dem 2009 überhaupt gültig ist, da diese Kreditbewilligung und jetzt zitiere ich "unter den Bedingungen, den Gemeinschaftsraum im Stockwerkeigentum zu behalten" gesprochen wurde. Im Antrag ist auch keine Rede davon, was wir renovieren und mit welchem Standard. Die Differenz zwischen den 25 Jahren bei der Auswirkung und der Nutzungsdauer von 30 Jahren hat Bruno erklärt. Dann wird auch eine leichte Bedrohung bei mit Auswirkung bei Ablehnung ausgesprochen. Jetzt zitiere ich wieder: "Falls der Grosse Gemeinderat den Nachkredit ablehnt, wird der Gemeinschaftsraum nur eingeschränkt nutzbar und kaum vermietbar sein. Im schlechtesten Fall kann nur ein Edelrohbau realisiert werden." Hier möchten wir auch mehr Informationen haben und wir werden den Antrag nicht unterstützen. Wir werden den Antrag der SP auf Rückweisung unterstützen. Wir möchten aber auch erwähnen, das Votum ist nicht gegen den Gemeinschaftsraum in Wattenwil. Dies ist ein Votum für eine vernünftige Investition in der Gemeinde.

Zürcher Deborah, Mitte,glp: Ich habe mehr etwas im eigenen Interessen. Für die, welche es nicht wissen, ich komme von Wattenwil. Ich möchte mehr aus der Sicht der Bevölkerung von Wattenwil-Bangerten auch sagen, es wäre sehr schön, wenn ihr den Kredit natürlich bewilligen würdet, da wir diesen Raum sehr gerne für mehrere Sachen nutzen würden. Sei es vom Frauenverein aus oder Männerchor. Wir möchten aber auch dazu sagen, dass wir nichts dafür können, dass damals im 2009 zu wenig für diesen Raum berechnet wurde.

Stucki Simon, SVP: Eine komplizierte Sache. Eine fast unendliche Geschichte kann fast abgeschlossen werden. Es gibt nach der Jahresrechnung ein Buchgewinn. Wie hoch die Kosten durch den Aufwand der Verwaltung gewesen sind, kennen wir leider nicht. Vielleicht besser so. Wie fast immer, muss der Steuerzahler für die gemachten Fehler die Konsequenzen tragen. Aber für dies kann die Bevölkerung von Wattenwil auch nichts. Trotz diesen Mehrkosten sind wir der Meinung, dass man dieses Projekt anständig fertig machen sollte. Ich glaube auch nicht, dass wenn wir hier noch weiterfahren, dass es am Schluss besser wird und wir zuletzt nicht noch viel mehr Kosten haben. Wir von der SVP-Fraktion werden den Nachkredit des GR unterstützen.

Cetin Mayk, EVP: Ihr seht, wir sind alle recht durch. Ich auch. Nur kurz. Wie das Geschäft dahergekommen ist, darüber sind wir alle nicht glücklich. Der Rückweisungsantrag ist absolut berechtigt. Die Frage ist nur, ob

es etwas bringt. Wir haben jetzt auch die Ausführungen des Gemeinderates gehört. Er hat alle diese Informationen heute zusammengestellt, welche es braucht und ich frage mich echt, ob wir diese Extrarunde drehen wollen, damit das ganze formell noch detaillierter und noch auf dem Papier ist und damit die Gemeindeverwaltung nochmals darüber gehen kann, damit wir alles sauber und korrekt haben. Im Hinblick wissen wir, wie es Deborah gesagt hat, Wattenwil kann nichts dafür und wartet auf diesen Gemeinschaftsraum. Von dem her ein schwieriger Entscheid für mich. Die Frage ist, wollen wir dies wirklich in Kauf nehmen für Fehler, welche anscheinend gemacht wurden und Ungenauigkeiten. Ich wage es zu bezweifeln. Daher bitte ich hier auch einen gewissen Pragmatismus walten zu lassen.

Christensen Sven, FDP: Ich glaube, Mayk, dass niemand gegen diesen Raum ist, aber wir haben das Recht ein wenig Klarheit zu bekommen. Es steht hier drin: Einzelne Positionen der Kostenschätzungen BKP 4 Umgebung und BKP 5 Nebenkosten und Mehrwertsteuer seien nicht enthalten. Aber wenn du ins 2009 schauen gehst, dann sind sie ganz klar enthalten. Die Umgebung ist enthalten, die Baunebenkosten sind aufgeführt und die Mehrwertsteuer stimmt auch mit 15'000 Franken. Dies ergibt 210'000 Franken. Nebenbei ist mir auch aufgefallen, dass niemand mehr hier sei. Unterschrieben haben im 2009 die beiden wichtigsten Personen hier, dies waren Niklaus Gfeller und Christian Reusser. Also auch diese Leute sind hier. Ich finde, ein wenig Recht auf Klarheit haben wir. Es geht nicht gegen diesen Raum, sondern um eine klare Botschaft.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Gerne nehme ich dazu noch Stellung. Vielleicht noch zu einer grundsätzlichen Frage. Klar sagt ihr, es geht nicht gegen die Realisierung und gegen die Bevölkerung von Wattenwil. Wir haben abgeklärt, wie den Raum zu sanieren und in welchem Umfang und dies eingehend mit der Bevölkerung von Wattenwil und den Nutzern. Wir haben dort aufgenommen, was die Bedürfnisse und die Wünsche sind. Wir haben dies dann mit dem Geld, welches wir zur Verfügung haben bzw. den 240'000 Franken, welche seinerzeit auch im Kostenvoranschlag gemacht wurden, verglichen. Dort muss man schlussendlich immer eine Schuldige oder einen Schuldigen finden, was seinerzeit gegangen ist und warum man beim Kreditantrag nicht das Volle ausgeschöpft hat und wieso dieser nur für 210'000 Franken gemacht wurde. Dieser Kredit von 210'000 Franken wurde damals unter dem Vorwand oder der Vorkenntnis bewilligt, dass dieser Raum im Stockwerkeigentum sein wird. Man kann sich heute auch fragen, ob dies heute rechtlich noch verhält oder muss man, weil man in einem Nutzniessungsverhältnis ist, den Kredit neu holen gehen. Dies sind baurechtliche oder baujuristische Fragen, welche man beantworten kann oder auch nicht. Da müssen wir von der Gemeinde unsere Juristen anfragen, welche dann sagen es ist so oder ist nicht so. Fakt ist, man hat damals die 210'000 Franken bewilligt. Fakt ist, man hatte einen Kostenvoranschlag von 240'000 Franken. Wir kommen nun mit einem Kreditantrag für 240'000 Franken, wo seinerzeit eigentlich der Kostenvoranschlag bereits war. Also 30'000 Franken mehr, als das Parlament damals bewilligt hat. Wir haben auf der Bauverwaltung auch alles gegeben, dass man diese Kosten bei der Vergabe einhalten kann. Wir haben hier nun die Kostenvoranschläge für alle Arbeitsgattungen drin. Wir haben hier ein Dokument, welches letzte Woche aufgrund der Offerten gemacht wurde und sind ca. bei diesen 240'000 Franken gelandet. Klar Guido, ich begreife dich auch und es hat mich auch gestört, dass hier Pläne drin sind, wo es um den ersten und zweiten Stock geht. Beim Ausdrucken habe ich schon ein Problem gehabt und habe gedacht, es ist schon nicht dies, was man sich gewünscht hat. Ich möchte euch doch bitten, in dem Sinne zu sagen, dass die Kosten gegeben sind, wir haben einen Kostenvoranschlag und es geht um 30'000 Franken und vor elf Jahren ist es einfach nicht gut gelaufen. Ich denke, wir wollen dort jetzt einfach auch vorwärts machen und dies realisieren. Klar wenn es zurückgewiesen wird, dann wird sich nochmals alles verzögern. Im Aussenbereich bauen sie bereits um. Was Wohlge-muths machen wollen wird gemacht. Es ist ganz klar, wenn wir später hinterher kommen, dann ist fast sicher, dass wenn die Baustelle neu eingerichtet werden muss und die Leute wieder auf Platz kommen müssen, dass es Verteuerungen geben kann. Ich sage nicht, dass es sein muss. Aber man muss unter Umständen mit höheren Kosten rechnen. Es ist so oder so im Baugewerbe gegenwärtig verrückt, was alles zusammen abgeht, auch im Zusammenhang mit der Kostensicherheit im Allgemeinen. Aber trotz der mangelhaften Botschaft, welche hier vorliegt und ich dies auch eingestehen muss, dass dies zum Teil zu Missverständnissen geführt hat, möchte ich euch dennoch bitten, den Rückweisungsantrag, welcher gestellt wurde, nicht zu unterstützen und unser Kreditantrag von 30'000 Franken zu unterstützen, dass wir endlich etwas realisieren und weiter-machen können. Es ist wieder ein weiterer Punkt und ich habe es schon einige Male erlebt, dass Sachen, welche man gerne realisieren würde, verzögert werden, weil Fragen im Raum stehen, wo man nicht sofort beantworten konnte. Ich fände es auch schade, wenn man dort eine Verzögerung in Kauf nehmen würde. Klar,

wenn es dann so ist, dann ist es so. Es gibt immer Wege und Mittel, aber ich bezweifle, dass man dort zu einem günstigeren Umbau kommt.

Lädrach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Es ist nicht mein Geschäft, aber das Geschäft ist in der Finanzkommission durchgekommen. Wir haben dies auch lange und intensiv diskutiert. Wir haben am Schluss dem Nachkredit zähneknirschend zugestimmt. Dies aus den folgenden Gründen: Uns liegen Kopien der alten Offerte von Erwin Kämpfer vor, wo darauf steht, dass die Baukosten 239'948 Franken sind. Darunter auf der Zeile steht Baukosten 210'000 Franken. Die 210'000 Franken waren ein Teil seiner Offerte. Heute muss man einfach sagen, wenn man seinerzeit sein Job auf der Verwaltung richtig gemacht hätte, wäre der Kredit, wo ihr im 2009 darüber abstimmen musstet, 240'000 Franken gewesen. Die Finanzkommission hat sich dann stark gemacht, dass man die Kosten, welche deutlich höher waren, senkt und man die 240'000 Franken, wo es damals eigentlich kosten sollte, nicht überschreiten soll. Dies hat dann zu Streichungen geführt und zur Diskussion über Stockwerkeigentum. Dies sind Nebenkriegsschauplätze und spielen eigentlich gar keine Rolle. Wenn man es richtig gemacht hätte, hätte man damals einen Kredit von 240'000 Franken gesprochen. Dieser wäre wahrscheinlich damals durchgekommen. Daher hat die Finanzkommission gesagt, wir stehen dazu und machen unsere Empfehlung an den Gemeinderat, dies durchzugeben. Man muss wissen, dass sie am Bauen sind. Der Gemeinderat hat zugestimmt, dass der Gemeinschaftsraum mit dem Hauptinvestor Wohlgemuth zusammen gebaut wird. Dies ist ein Teil der Kostenkonstellation. Wenn wir jetzt nein sagen und allenfalls noch den Kredit 210'000 Franken in Frage stellen wollen, dann müssen wir den Bau einstellen und allenfalls sogar noch einen eigenen Architekten nehmen, um das ganze in Eigenregie zu bauen. Dies würde uns garantiert mehr kosten. Wenn ihr einfach den Nachkredit zurückweist, dann kann man wenigstens den Rohbau machen. Dann gibt es keine Verzögerungen und man ist dann vielleicht beim Innenausbau in einer zweiten Runde. Aber dies ändert nichts an den Kosten. Es wird am Schluss bei diesen Ansprüchen, welche auf dem Tisch liegen, um diesen Betrag gehen. Es ist kein schönes Geschäft und keine schöne Botschaft. Es ist einiges passiert und ich verstehe jeden Ärger von euch, aber ich würde auch die Position des Gemeinderates unterstützen. Gebt euch diesen Ruck. Wir stehen zu diesem Fehler und probiert dies abzuschliessen.

Aebersold Daniel, SVP: Ich hätte gerne einen Sitzungsunterbruch.

Beschluss zum Ordnungsantrag für einen Sitzungsunterbruch:

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

(Sitzungsunterbruch gemäss Ordnungsantrag von Daniel Aebersold. Dieser dauert von 22.28 bis 22.33 Uhr. Der Protokollführer.)

Beschluss zum Rückweisungsantrag der SP+Grüne-Fraktion:

"Das Geschäft 'Schulanlage Wattenwil-Bangerten; Einbau Gemeinschaftsraum: Nachkreditbewilligung' wird an den Gemeinderat zurückgewiesen für folgende Abklärungen:

- Die Kreditbewilligung ist über zwölf Jahre her. In der Botschaft müssen die Gesamtkosten ausgewiesen sowie die Baumassnahmen beschrieben werden.
- Die Planbeilage ist so anzupassen, dass daraus ersichtlich wird, welche Massnahmen zum massgeblichen Bauprojekt gehören.
- Es sollen die ergriffenen Massnahmen für Einsparungen dargelegt werden.
- Es soll dargelegt werden, was man ohne den Zusatzkredit nicht machen kann und weshalb die bewilligten CHF 210'000 nicht ausreichen.

Aus Sicht der Fraktion SP+Grüne muss der Bau unterbrochen werden, bis der Nachkredit bewilligt ist. Ansonsten werden Sachzwänge geschaffen, welche dem Parlament seinen Handlungsspielraum entziehen."

Der Rückweisungsantrag wird mit 16 zu 15 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 23 zu 7 Stimmen bei 4 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. d der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Für die Erstellung des Gemeinschaftsraumes in der ehemaligen Schulanlage Wattenwil-Bangerten wird ein Nachkredit von CHF 30'000.00 bewilligt; betroffen ist das Konto 378.5040.05 (Anlage-Nr. 1404001 013) der Investitionsrechnung.
2. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Ratspräsident Fivian Bruno: Jetzt stelle ich einen Ordnungsantrag und zwar geht es darum, die Sitzung abubrechen.

Hauser Adrian, Departementsvorsteher Umwelt: Ich möchte euch einfach schnell darauf hinweisen, dass wenn wir dieses Geschäft jetzt verschieben, dann reicht es nicht mehr, wenn man dem Geschäft zustimmt, dies im nächsten Jahr einzuführen. Es ist so, dass die BKW der ElCom bis Ende Juli melden muss, was im nächsten Jahr für Tarife in Worb gelten. Wir müssten die Verträge bis Ende Juli abgeschlossen haben. Wenn wir jetzt das Geschäft verschieben, dann verschieben wir es um ein Jahr. Daher bitte ich euch, dass wir das Geschäft noch behandeln.

Federer Guido, SP+Grüne: Ich bitte euch auch, diesen Ordnungsantrag abzulehnen und das Geschäft aus dem Grund, wo Adrian gesagt hat, zu behandeln. Es bringt nichts, wenn wir jetzt ein Jahr verlieren, nur dass wir jetzt 45 Minuten oder eine Stunde früher Feierabend machen können.

Beschluss zum Ordnungsantrag von Bruno Fivian die Sitzung abubrechen:

Der Antrag wird mit 21 zu 11 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Kommunale Energiepolitik; Reglement über die Spezialfinanzierung Nachhaltigkeit im Energiebereich (SNE): Genehmigung

Sitzung Nr. 404	Datum 21.06.2021	Traktandum 7	Beschlussnummer 2021/24-39	Geschäftsnummer 925	Archivnummer 35/60
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	------------------------	-----------------------

Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

Hauser Adrian, Departementsvorsteher Umwelt: Ich bin froh, können wir das Geschäft noch kurz behandeln. Wie Guido bereits gesagt hat, denke ich, dass wir uns die 30 bis 45 Minuten schon noch schnell Zeit nehmen können. Dieses Geschäft hatten wir bereits für den 12. Oktober 2020 traktandiert. Der Gemeinderat hat es damals zurückgezogen und auf die vielen Änderungsvorschläge reagiert. Er hat beschlossen, das ganze Geschäft nochmals zu überarbeiten. Nachdem wir es den Parteien in die Vernehmlassung geschickt haben, haben wir das Geschäft in je zwei Lesungen in der UK und im GR überarbeitet und können es euch jetzt heute nochmals vorlegen. Warum eine kommunale Energieförderung? Wir haben das übergeordnete nationale Ziel

Netto-null bis 2050. Dies können wir nur erreichen, wenn alle am gleichen Strick ziehen. Also Bund, Kanton, Gemeinde, Firmen und jeder Einzelne von uns. Worb will natürlich weiterhin als Energiestadt ein Vorbild sein und weiterhin Schritte in die richtige Richtung machen. Ausserdem ist das Interesse der Worber Liegenschaftsbesitzer am energetischen Modernisieren sehr gross. Wir haben diverse Anlässe durchgeführt und die Anlässe waren immer sehr gut besucht. Einmal im Wydensaal waren wir über 200 Leute und es war randvoll. Im letzten Sommer mussten wir auch aufgrund der Corona-Massnahmen wieder Interessenten ausladen und konnten trotzdem einen sehr erfolgreichen Anlass durchführen. Auch nicht ganz ausser Acht lassen, ich möchte dies hier doch auch noch erwähnen, dass Worb das CO₂-Gesetz mit über 54 Prozent angenommen hat. Die Gemeinde Worb hat ein Energieleitbild, wo 2015 beschlossen wurde. Dort wurden auch diverse Ziele aufgeführt. Zum Beispiel wollte man erneuerbare Wärme bis 2025 von 16 auf 30 Prozent steigern. Nach einer Auswertung haben wir festgestellt, dass wir in den letzten sieben Jahren von 14 auf 20 Prozent gekommen sind. Nach dieser Rechnung müssten wir uns in den nächsten vier Jahren um zehn Prozent bei der erneuerbaren Wärme steigern. Nur so als Beispiel. Natürlich wird uns der Wärmeverbund in den nächsten Jahren sehr helfen, grosse Schritte vorwärts zu kommen. Bis zum Endausbau dauert es jedoch noch. Wichtig ist, dass man gerade im aktuellen Zeitpunkt so viele Zweifamilienhäuser und Einfamilienhäuser, wie möglich, anschliessen kann. Daher auch eine kommunale Förderung. Die Form der Energieförderung: Berechtigt zur Förderung sind Massnahmen, die nahe am Bund und Kanton angelehnt sind. Zum Beispiel Energieberatungen, Anlagen im Bereich Wärme oder neue oder erweiterte PV-Anlagen. Ganz wichtig ist auch, dies habt ihr sicher im Reglement gesehen, Art. 4 Abs. 4 Bst. e "Projekte, welche zu einer wesentlichen energietechnischen Verbesserung führen". Diesen Punkt haben wir bewusst sehr offen gestaltet, damit jeder ein sinnvolles Projekt eingeben kann. Der Gemeinderat kann dann auf Antrag der Umweltkommission über die Förderung entscheiden. So ist dies dann in der Verordnung im Art. 3 Bst. h geregelt. Die Abgabe erheben wir auf dem Strom. Warum auf dem Strom? Erstens haben wir dort die rechtlichen Möglichkeiten und man kann es sehr einfach umsetzen. Die Gemeinde Worb ist ansonsten finanziell nicht in der Lage, eine andere Spezialfinanzierung zu eröffnen. Wie ihr ja sicher alle wisst, der Strompreis setzt sich im Wesentlichen aus drei Teilen zusammen: Aus dem Verbrauch, dem Transport und den Abgaben. Bei den Gemeindeabgaben wollen wir ansetzen. Wir möchten die heutigen 1.5 Rappen pro Kilowattstunde um 0.5 Rappen erhöhen. Die Erhöhung würde unser Kässeli mit 100'000 Franken füllen. Für einen durchschnittlichen Vier-Personen-Haushalt bedeutet dies 1.50 Franken pro Monat. So ist es in meinen Augen auch keine Umverteilung oder Bestrafung, sondern ist für alle gleich und somit auch sozialverträglich und nachhaltig. Bei Grossverbrauchern, wie KMUs, Restaurants und so weiter, dies sind rund 100, welche ein Grossstromverbrauch haben, gibt es keine Erhöhung. Somit hat das lokale Gewerbe sicher keine Nachteile. Im Gegenteil, auch das Gewerbe kann von der Förderung und schlussendlich hoffentlich auch von den Aufträgen profitieren. In anderen Gemeinden, welche dies auch schon haben, haben wir gesehen bzw. gelesen, dass jeder Förderfranken vier Franken Investitionen in der lokalen Wirtschaft auslösen. Der Aufwand der Gemeinde, dies habe ich schon geschrieben, bevor ich den Antrag gesehen habe und dies habe ich euch auch schon an der Parteipräsidentenkonferenz gesagt, hält sich noch im Rahmen. Da der grösste Teil der Worber Förderung an bestehende Förderprogramme von Bund und Kanton angelehnt ist, hält sich der Aufwand, wie gesagt, im Rahmen. So wären in den letzten vier Jahren im Schnitt 15 Heizungen, neun GEAK-Beratungsberichte und ein Baudenkmal saniert und sieben PV-Anlagen erstellt worden, welche wir gefördert hätten. Dies ergibt 34 Gesuche und ein Aufwand von 17 Stunden im Sekretariat und neun Stunden bei der Leiterin Umwelt. Bei grossen innovativen Gesuchen, welche natürlich hoffentlich auch eintreffen werden, wird der Aufwand natürlich dann auch grösser sein. Bei dieser Auswertung haben wir auch gesehen, dass die 100'000 Franken in der Spezialfinanzierung ausgereicht hätten. Wenn wir nämlich damals die Förderung im 2020 gehabt hätten, hätten wir die PV-Anlagen mit 70'000 Franken, Heizungen mit 17'000 Franken, GEAK-Berichte mit 4'000 Franken und Baudenkmale mit 3'000 Franken gefördert. Dies hätte rund 94'000 Franken ergeben. Das Spezielle, was wir noch gesehen haben, dass der Bau von PV-Anlagen im 2020 trotz Corona weit über dem Durchschnitt der letzten Jahre war. Da das 2020 kein Ausreisser nach oben ist, möchten wir gerne auch die Energieförderung einführen. Jetzt komme ich noch kurz zum Fazit. Mittlerweile ist wohl durchwegs jeder der Meinung, dass wir die Energiewendung schaffen müssen, auch für zukünftige Generationen. Nur wird diese nicht einfach gratis vom Himmel hinunterfallen. Jeder muss sein Beitrag leisten. Die kommunale Energieförderung ist ein wichtiger Baustein, damit man die Energiewende umsetzen kann. Da liegt euch nun, wie gesagt, der Vorschlag des Gemeinderates vor, wie wir einen weiteren Schritt in die richtige Richtung machen wollen. Ich bitte euch, dass ihr dem Reglement zustimmt.

Jost-Pfister Catarina, Mitte/glp: Die glp und die Mitte sagen ganz klar ja zu diesem Geschäft. Wir stehen dahinter, dass erneuerbare Energien gefördert werden. Es würde mit diesem Beitrag einen kleinen Anreiz für die Leute geben, welche etwas machen möchten. Wir dürfen uns jedoch nicht täuschen, wenn wir 100'000 Franken hören und wir diese aufteilen, dann ist es eher ein symbolischer Beitrag in meinen Augen, wenn man sieht, was eine Investition kostet um etwas umzusetzen. Wir sind jedoch der Meinung, dass dies der richtige Weg ist. Es ist sicher noch ein weiterer Weg. Es braucht noch ganz viel Effort, dass wir das Ziel von Netto-null 2050 erreichen. Dies wird nicht heute und morgen sein, wenn man es realistisch anschaut. Wichtig ist jedoch, dass man dranbleibt. Dass man schaut, wo man etwas machen kann und nicht, dass man schnell zufrieden ist.

Lanfranconi Elena, FDP: Es muss endlich vorwärts gehen mit dem Klimaschutz. Da besteht kein Zweifel. Auch nicht für die Worber FDP. Die Frage ist, wie? Dass da die Meinungen auseinander gehen, haben wir auch beim gescheiterten CO2-Gesetz gesehen. Die FDP steht hinter dem Prinzip der Spezialfinanzierung. In der aktuellen Vorlage sehen wir jedoch noch einige Schwachpunkte. Damit wir nicht ein Schuss in den Ofen produzieren, müssen wir an diesem Konzept einige Präzisierungen vornehmen. Was ist das Problem von dieser Spezialfinanzierung? Die Spezialfinanzierung für mehr Nachhaltigkeit im Energiebereich ist nichts anderes als eine neue, versteckte Steuer, welche alle bezahlen müssen. Auch Leute mit knappem Budget. Zugute kommen sie jedoch vorwiegend gut betuchten Leuten, namentlich Hausbesitzern. Wir müssen daher genau hinschauen, was mit dem Geld passiert. Wir wollen im Wesentlichen fünf Sachen verbessern. Es müssen alle profitieren können. Es darf nicht sein, dass alle Projekte von wenigen vermögenden Personen finanzieren. Wir wollen nicht, dass der Gemeinderat Beiträge ohne Zustimmung des GGR beliebig erhöhen kann. Wir wollen kein Bürokratiemonster, welches das halbe Geld verschlingt. Das Geld muss der Umwelt zugutekommen. Wir wollen die Wirksamkeit im Auge behalten und keine Symbolprojekte und wir wollen die Bevölkerung informieren und mitwirken lassen. Aus diesem Grund muss der Gemeinderat unserer Meinung nach nochmals über die Bücher. Wir bitten euch, unseren Rückweisungsantrag zu unterstützen. Für den Hinweis von Andy beim Finanzbericht weiter zu führen: Der ursprüngliche Ersteller von diesem Dokument ist die Stadt Thun.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Ja, bei diesem Geschäft liegen die Positionen natürlich schon etwas auseinander, das ist klar. Das hat man auch letzten Sonntag auf nationaler Ebene gesehen. Wir haben mit diesem Reglement auch unsere liebe Mühe in verschiedenen Punkten. Wir unterstützen vor allem die Förderung der Information. Eine Vielzahl von Energiebezüglern muss für eine kleine, bescheidene Anzahl von Bürgern einzahlen, was Elena bereits schon gesagt hat. Viele Mieter und schlechter Verdienende müssen ein paar wenige, gut Verdienende stützen. Das ist sicher eher problematisch. Weiter, was auch schon gesagt wurde, auf kommunaler Ebene sind doch die Möglichkeiten, Projekte zu fördern, relativ bescheiden. Ich mache da einen Vergleich mit der Biodiversität. Ich bin ja selbst Landwirt. Die Beratung, welche wir von der Gemeinde zugute haben als Landwirte, habe ich den Eindruck, bringt uns sehr viel. Aber die Förderungsmöglichkeiten dann pro Massnahme sind so bescheiden, dass es sicher kein einziger Landwirt hat oder dazu bewegen wird, irgendwie mehr im Bereich Biodiversität zu machen. Also dort muss man wirklich der Realität von den Möglichkeiten auf der Gemeindeebene etwas in die Augen schauen. Verwaltungsaufwand wird es geben. Die BKW, das habt ihr gesehen, die will 20'000 Franken für die Umstellung. Noch nicht geäußert hat sich offensichtlich die Licht- und Kraftgenossenschaft Richigen. Die werden ihr Verrechnungssystem auch umstellen müssen und werden dort ganz sicher auch einen Betrag haben müssen, um das Verrechnungssystem umzustellen. Also wie gesagt, wir haben unsere grosse Mühe mit diesem Reglement hier, haben uns aber doch durchgerungen, am Rückweisungsantrag der FDP Folge zu leisten.

Federer Guido, SP+Grüne: Adrian hat schon viel gesagt zum Rahmen von dem. Nur ein kleiner Hinweis noch. Wir haben auch einen Richtplan Energie und der ist behördenverbindlich, neben dem, dass zum Beispiel auch der Bund das Netto-Null-Ziel beschlossen hat. Aus unserer Sicht ist die Zustimmung zu dem Reglement also nichts anderes, als die Fortführung einer konsistenten Politik. Mit dem Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen rückt auch ein Stromabkommen mit der EU in weite Ferne. Mit dem und das sagt auch die Elcom zum Beispiel, ist auch die Eigenversorgung der Schweiz, welche in Zukunft massgeblich an Bedeutung gewinnen wird. Auch dazu trägt das Reglement bei. Warum soll jetzt die Schweiz und insbesondere das kleine Worb da überhaupt etwas machen? Die Schweiz ist klein und stärker von Klimawandel betroffen als der Durchschnitt der Welt. Zudem haben wir relativ hohe Emissionen pro Kopf und unser Wohlstand lässt es auch zu, etwas zu machen. Wer soll dann etwas machen, wenn nicht die reiche Schweiz? Auf der anderen Seite hat der

Klimawandel etwas das Problem, dass ich keine direkte, kurzfristige, unmittelbare Wirkung spüre. Dann ist es relativ einfach. Warum soll ich mich jetzt einschränken, es hilft ja doch nichts. Aus dem Grund ist aus unserer Sicht die Forderung, auf freiwillige Massnahmen zu bauen, nicht zielführend. Es braucht Vorgaben vom Gemeindewesen. Nicht zuletzt stellt sich auch noch die Frage, ob es in Worb überhaupt noch Potenzial gibt. Es gibt ein Potenzial, ein PV-Potenzial von rund 80'000 KW Peak. Von dem sind im Moment mit 4'600 KW Peak etwa knapp 6 Prozent ausgebaut und man muss nicht weit schauen, um zu sehen, dass diverse Häuser Isolationsbedarf haben. Auch da gibt es noch ein sehr grosses Potenzial. Adrian hat auch schon angesprochen, dass anstelle von dem Öl-Import, den wir haben und den Ausgaben ins Ausland, man durchaus und schlauer wahrscheinlich das lokale und das regionale Gewerbe mit den Massnahmen unterstützt, die da unterstützt werden können. Zum Rückweisungsantrag der FDP möchte ich vielleicht noch sagen, dass die Mieter durchaus profitieren können. Wenn der Gebäudeeigentümer isoliert, dann profitiere ich direkt durch tiefere Nebenkosten. Ich kann auch als Mieter mit meinem Eigentümer einen Vertrag machen und zum Beispiel als Kontraktor eine PV-Anlage auf sein Dach stellen. Das kann ich durchaus. Dann ist es auch so, dass es eben gerade kein Verwaltungsmonster schafft, wenn man sich an kantonale und eidgenössische Fördermassnahmen angliedert. Dann werden die durch die Stellen geprüft, die machen den grossen Aufwand und wir können uns eigentlich nur noch anhängen und durch das, Verwaltungskosten reduzieren. Und auch die Wirksamkeitsprüfung, die ist aus unserer Sicht gegeben, denn mit dieser Spezialfinanzierung wird ja jedes Jahr im Verwaltungsbericht dargelegt, was gefördert worden ist, wie viel wurde ausgegeben, wie viel ist hineingekommen. Mir müssen uns beim Gemeinderat noch bedanken. Er hat viele von unseren Anträgen aufgenommen, die wir gestellt haben und natürlich stimmen wir dem Reglement zu.

Hauser Adrian, Departementsvorsteher Umwelt: Guido hat jetzt zwar schon sehr viele von diesen Rückweisungsanträgen beantwortet, aber ich möchte vielleicht gleichwohl noch schnell, vor allem Elena sagen, dass es keine neue Steuer ist. Also, wir bezahlen heute schon Gemeindeabgaben und wir bezahlen auch schon für die Bundesförderung, wenn ihr auf der Rechnung einmal nachschaut. Ja, wir haben das Musterreglement genommen von der Stadt Thun, das ist so. Wir wollen natürlich auch, dass es rechtlich schlussendlich richtig ist. Und gerade, weil wir kein Bürokratiemonster schaffen wollen, haben wir uns möglichst an anderes angegliedert. Auch dass die Mieter profitieren können, ist schon gesagt worden und dazu kann man natürlich noch sagen, dass bei Hochbauten natürlich auch ein riesen Potenzial vorhanden ist. Und dort geht es nun einmal immer über den Eigentümer. Und wenn irgendetwas bewilligungspflichtig sein wird, auch bei den Baugesuchen, geht es immer über den Eigentümer. Dann noch zum Nächsten, zur Bandbreite von diesen Massnahmen. Dass das der Gemeinderat bestimmen kann. Ja, das ist in der Kompetenz des Gemeinderates. Wir hätten ein Maximum, das wir hätten ausreizen können von bis zu 2.3 Rappen. Wir haben uns entschieden für 2 Rappen. Also eine Erhöhung von 0.5 Rappen und das wird jetzt sicher auch so bleiben, weil, ihr habt es auch gesehen, es ist schon gesagt worden, die BKW macht dann schlussendlich auch nicht jede Änderung gratis. Zum Aufwand, glaube ich, wurde schon genug gesagt. Und auch noch zur Wirksamkeitsprüfung. Also jeder, der etwas gefördert haben will, muss ja auch eine nachvollziehbare Dokumentation einreichen. Also man sieht schon vorgängig, was das für eine Wirkung haben wird. Und es wird natürlich auch verlangt.

Ratspräsident Fivian Bruno: Ich stelle einen weiteren Ordnungsantrag für einen kurzen Sitzungsunterbruch.

Beschluss zum Ordnungsantrag für einen kurzen Sitzungsunterbruch:

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

(Sitzungsunterbruch gemäss Ordnungsantrag von Bruno Fivian. Dieser dauert von 23.05 bis 23.08 Uhr. Der Protokollführer.)

Artikelweise Beratung des Reglements

Art. 1

Suter Michael, FDP: Ich habe das jetzt noch einmal verglichen mit dem Musterreglement von der Stadt Thun, da ist offenbar beim kopieren trotzdem ein Fehler passiert. Da finde ich doch, den sollte man noch korrigieren. Im Art. 1 fehlt ein Artikel. Es sollte ja heissen: "Bezweckt die Förderung" und nicht es "bezweckt Förderung".

Dann würde ich gerade vorschlagen, dass man die Ergänzung macht: "Das vorliegende Reglement bezweckt die Bereitstellung von Mitteln für die Förderung." Das ist dann der Mustertext gemäss dem Amt für Raumordnung. Ich beantrage, die Änderung so aufzunehmen.

Beschluss zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, dass der Art. 1 neu wie folgt lautet: "Das vorliegende Reglement bezweckt die Bereitstellung von Mitteln für die Förderung der Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien in der Gemeinde Worb als selbstgewählte Gemeindeaufgabe."

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird grossmehrheitlich angenommen.

Art. 2

Suter Michael, FDP: Wir haben es ja in unserem Rückweisungsantrag schon geschrieben. Wir von der FDP sind eigentlich der Meinung, dass wenn man die Gemeindeabgabe ins Gesetz schreibt, also hier ins Reglement, dass wir hier drinnen auch selber über die Höhe von dem diskutieren sollten und das fest beschliessen. Alles andere wäre wieder eine neue Kompetenz vom Gemeinderat schaffen und dem sehen wir eher kritisch gegenüber. Darum schlage ich vor, dass man im Art. 2 Abs. 3, den letzten Satz anpasst. Dort steht: "Der Gemeinderat legt die Höhe der Gemeindeabgabe innerhalb der Bandbreite fest." Dort würden wir vorschlagen, dass man das Wort: "Der Grosse Gemeinderat legt die Höhe der Gemeindeabgabe innerhalb dieser Bandbreite fest", ergänzen würde und so keine neue Gemeinderatskompetenz schafft.

Hauser Adrian, Departementsvorsteher Umwelt: Schnell noch zu Michael seinem Votum. Dann gibt es einfach jedes Mal eine Reglementsänderung und es muss jedes Mal wieder hier in den GGR kommen. Und ihr seht, wir sind jetzt bei zwei Rappen also, man würde das dann eher nach unten korrigieren, wenn man die Spezialfinanzierung nicht brauchen würde. Darum ist es in der Verordnung drin und in der Gemeinderatskompetenz, weil es dann viel einfacher umzusetzen ist. Daher würde ich es so drin lassen.

Beschluss zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, den letzten Satz des Art. 2 Abs. 3 wie folgt anzupassen: "Der Grosse Gemeinderat legt die Höhe der Gemeindeabgabe innerhalb dieser Bandbreite fest."

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird mit 19 zu 14 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Art. 3

Suter Michael, FDP: Auch dort schliesse ich an das Votum von Elena an. In unserem Rückweisungsantrag haben wir geschrieben, dass wir der Meinung sind, dass möglichst viele Leute von energietechnischen Förderungen profitieren sollten. Entsprechend schlage ich vor, dass man die Aufzählung, welche da im Art. 3 Abs. 3 steht entsprechend ergänzt und dort schreibt: "Beitragsberechtigt Massnahmen, welche in der Gemeinde Worb realisiert werden." Dort kommt eine entsprechende Aufzählung und dort machen wir einen neuen Bst. f: "Der Gemeinderat kann weitere Projekte im Energiebereich unterstützen." Kurz zur Begründung, dort macht es im Gegensatz zu den Finanzen durchaus Sinn, eine Gemeinderatskompetenz zu schaffen, weil der Gemeinderat näher an den Projekten ist.

Ratspräsident Fivian Bruno: Der Fehler liegt dort, dass das Votum auf den Art. 4 bezogen war und wir erst beim Art. 3 sind.

Art. 4

Jorio Marco, GPK: Also wir sind in der GPK eigentlich nur über den Punkt vom Abs. 2 gestolpert. Nicht so sehr was da steht, sondern was dann anschliessend ergänzt wird in der Verordnung. Und zwar tauchen dann plötzlich dort im Art. 6b nicht nur Beiträge auf, Barbeiträge, sondern es kommen plötzlich rückzahlbare Darlehen.

Und uns scheint, wenn man Darlehen einführt, müsste man das mindestens sagen: "Erfolgt mittels Förderbeiträgen aus einer Spezialfinanzierung in Form von Barbeiträgen und rückzahlbaren Darlehen". Aber es wird dann auch nicht ausgeführt, wann gibt es Barbeiträge und wann gibt es Darlehen. Also da müssten wir noch etwas Klarheit haben, wie das geregelt wird.

Hauser Adrian, Departementsvorsteher Umwelt: Danke, Marco bzw. GPK, für euer Votum. Ich habe das Gefühl gehabt, dann unter Art. 6, wo dann weiter unten kommt, haben wir das so aufgeführt und dann in der Verordnung geregelt. Aber du hast natürlich recht, man könnte das unter Punkt zwei gut noch erwähnen.

Lädrach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Also ich möchte euch warnen, da Darlehen hinein zu tun. Wenn ihr dann schon kein Bürokratiemonster wollt, dann müsst ihr dann Einmalbeiträge nehmen, dann müssten wir über das diskutieren. Aber wir sollen dann irgendwie noch rückzahlbare Darlehen über 5'000 Franken auf der Finanzabteilung verwalten? Dann müssen wir nicht über eine Jahressumme von 100'000 Franken sprechen.

Jorio Marco, GPK: Dies hätten wir auch so gesehen. Aber im Entwurf der Verordnung ist dies eben im Art. 6 Bst. b so drin. Dies habt ihr selber so beschlossen. "Durch vertraglich geregelte rückzahlbare Darlehen zu günstigen Bedingungen." Dann streicht ihr dies? Die Darlehen kann man schon rausnehmen, aber dann dürft ihr sie auch nicht uns vorschlagen.

Suter Michael, FDP: Zuerst schnell als Replik für das Votum von Marco Jorio. Ich bin auch der Meinung, dass wenn man in der Verordnung schon die Darlehen vorsieht, das die im Gesetz selber, also in unserem Reglement vorgesehen sein müssen. Ich komme noch einmal zurück, nichts für ungut, dass ich da vorgegriffen habe, auf das Votum von Elena. Wir sind der Meinung, dass man eine weitere Energiemassnahme fördern muss, die auch nicht zwingen mit Gebäuden zu tun haben. Dementsprechend schlagen wir dort eine Ergänzung von Abs. 3 Bst. f vor: "Der Gemeinderat kann weitere Projekte im Energiebereich unterstützen."

Hauser Adrian, Departementsvorsteher Umwelt: Ich muss dazu auch noch sagen, dass die Verordnung auch nur ein Entwurf ist und der Gemeinderat wird die auch noch beschliessen, wenn wir dann das Reglement hier beschlossen haben. Wir haben es einfach noch völlig offengelassen und die rückzahlbaren Darlehen unter dem Art. 6 in der Verordnung hineingetan. Könnte dann ja einmal sein, dass das Kässeli fast leer ist unter dem Jahr und dann kommt ein grosses gutes Projekt hinein, wo der Gemeinderat dann findet, doch, das unterstützen wir noch. Also ich würde wirklich vorschlagen, dass man das Reglement so lässt, wie es gewesen ist und in der Verordnung werden wir im Gemeinderat noch einmal darüber brüten, ob wir das Darlehen drinnen lassen wollen oder nicht.

Beschluss zum Änderungsantrag der GPK:

Die GPK stellt den Antrag Art. 4 Abs. 2 wie folgt anzupassen: "Die Förderung erfolgt mittels Barbeiträgen oder rückzahlbaren Darlehen."

Der Änderungsantrag der GPK wird mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Die FDP-Fraktion stellt den Antrag Art. 4 Abs. 4 mit einem neuen Bst. f "Der Gemeinderat kann weitere Projekte im Energiebereich unterstützen." zu ergänzen.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird grossmehrheitlich angenommen.

Art. 5

Keine Wortmeldungen.

Art. 6

Suter Michael, FDP: Dies ist das letzte Mal. Ich schlage vor, dass wir dort den zweiten Halbsatz streicht von dem Art. 6. Der Art. 6 lautet ja: "Der Gemeinderat regelt in einer Verordnung die Details, insbesondere erlässt er für seine Ausgabenkompetenz eine differenzierte Ausgabenzuständigkeit." Den zweiten Halbsatz verstehe ich nicht. Ich weiss nicht, was man dann dort machen muss, wenn man Gemeinderat ist. Und es ist auch so, im Art. 5 steht, dass die Entnahme aus der Spezialfinanzierung sich nach der Verfassung richtet. Also wenn es kleine Beträge sind, kann es der Gemeinderat selbst entscheiden, allenfalls sogar die Verwaltung im Rahmen von einer Delegation. Wenn es grössere Beträge sind, müssen allenfalls sogar wir entscheiden. Also man hat ja schon ein Finanzkompetenzgefüge. Der Gemeinderat selber kann sich nicht Finanzkompetenzen geben, auch wenn wir es ihm hier delegieren im Art. 6. Daher schlage ich vor, dass wir den zweiten Halbsatz vom Art. 6 ersatzlos streichen. Dann heisst es einfach noch: "Der Gemeinderat regelt die Details in einer Verordnung."

Hauser Adrian, Departementsvorsteher Umwelt: Ja, also Michael hat schon recht, für das sind wir da, dass wir die Reglemente durchgehen. Ich kann Michael zustimmen, man kann das so machen, wie er es vorgeschlagen hat.

Beschluss zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, den zweiten Halbsatz des Art. 6 zu streichen. Der Art. 6 soll nur noch, wie folgt, lauten: "Der Gemeinderat regelt die Details in einer Verordnung."

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird grossmehrheitlich angenommen.

Art. 7

Keine Wortmeldungen.

Art. 8

Keine Wortmeldungen.

Beschluss zum Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion:

"Das Geschäft "Kommunale Energiepolitik; Reglement über die Spezialfinanzierung Nachhaltigkeit im Energiebereich (SNE): Genehmigung" ist an den Gemeinderat zur Überarbeitung folgender Punkte zurückzuweisen:

1. Grundsätzliche Überarbeitung der Erlasse, damit nicht nur Hauseigentümer, sondern alle Bewohner der Gemeinde von den Subventionen profitieren (zum Beispiel mittels Massnahmen, die andere als nur Bauprojekte betreffen).
2. Grundsätzliche Überarbeitung der Erlasse, damit weniger stark in das Kompetenzgefüge zwischen Regierung und Parlament eingegriffen wird. Insbesondere ist vorzusehen, dass Beitragserhöhungen ausschliesslich durch das Parlament zu bewilligen sind.
3. Grundsätzliche Überarbeitung der Erlasse, damit die Gemeinde nicht nur Projekte bezuschusst, welche bereits von kantonalen Fördermitteln profitieren.
4. Es ist verwaltungsintern zu prüfen und dem Grossen Gemeinderat in einer überarbeiteten Botschaft zu präsentieren, welche Aufwendungen und Kosten für die Verwaltung mit den Gesuchsbehandlungen gemäss den geplanten Erlassen entstehen. Die Botschaft hat sich darüber auszusprechen, welche verwaltungsinternen Mehraufwendungen (pro Abteilung) den zu verteilenden Subventionen von CHF 100'000.00 jährlich gegenüberstehen.
5. In den neuen Erlassen ist eine periodische Wirksamkeitsprüfung vorzusehen.
6. Vor neuerlicher Traktandierung des Geschäfts im Grossen Gemeinderat ist eine breit abgestützte Vernehmlassung in der Politik und Bevölkerung durchzuführen."

Der Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion wird mit 22 zu 12 Stimmen abgelehnt.

Aebersold Daniel, SVP: Ich verlange eine geheime Abstimmung.

Beschluss zum Ordnungsantrag von Daniel Aebersold auf eine geheime Abstimmung:

Der Antrag wird abgelehnt.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 22 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 47 Abs. 1 Bst. a der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Das Reglement über die Spezialfinanzierung Nachhaltigkeit im Energiebereich (SNE) wird genehmigt.
2. Vorbehalten bleiben
 - eine fakultative Volksabstimmung gemäss Art. 33
 - ein Volksvorschlag gemäss Art. 35
 der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999.
3. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Motion der SVP-Fraktion mit dem Titel "Einführung einer zweiseitigen Spezialfinanzierung Feuerwehr"

Sitzung Nr. 404	Datum 21.06.2021	Traktandum 8	Beschlussnummer 2021/24-40	Geschäftsnummer 34407	Archivnummer 21/30/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-------------------------

"Ausgangslage: Die Gemeinde Worb führt die Feuerwehr Worb als einseitige Spezialfinanzierung Feuerwehr. Auf Grund dieser Tatsache wird der Steuerhaushalt der Gemeinde Worb jedes Jahr mit Defiziten in der Grössenordnung von Fr. 200'000.-- belastet. Bei der einseitigen Spezialfinanzierung werden die Defizite durch den Steuerhaushalt gedeckt bzw. belasten den allgemeinen Haushalt und die Erträge werden in die Spezialfinanzierung Feuerwehr (Bestandeskonto 29000.01) eingelegt. Der Saldo beträgt per 31.12.2020 Fr. 115'856.36. In den nächsten Jahren stehen gemäss Finanzplan verschiedene grosse Investitionen an. Damit die Gemeinde eine verursachergerechte Belastung der Investitionen und vor allem die Folgekosten und die Abschreibungen nicht dem allgemeinen Haushalt belasten muss, ist eine zweiseitige Spezialfinanzierung Feuerwehr gestützt auf ein entsprechendes Gemeindereglement einzuführen. Als erste Massnahme hat der Gemeinderat per 01. Januar 2021 die Ersatzabgabe für den Feuerwehrgeldsatz erhöht. Mit der Einführung einer zweiseitigen Spezialfinanzierung werden die Investitionen für den allgemeinen Haushalt entlastet und belasten die Gemeinderrechnung nicht mehr. Hier handelt es sich um einen Schritt in die richtige Richtung! Antrag an den Grossen Gemeinderat: Die Verwaltung wird beauftragt, ein Gemeindereglement für die Einführung einer zweiseitigen Spezialfinanzierung Feuerwehr Worb zu erarbeiten, dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung zu unterbreiten und per 01. Januar 2022 in Kraft zu setzen."

Postulat der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Beschaffung Elektrofahrzeuge"

Sitzung Nr. 404	Datum 21.06.2021	Traktandum 9	Beschlussnummer 2021/24-41	Geschäftsnummer 34408	Archivnummer 35/60
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

"Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, welche Fahrzeuge der Flotte der Gemeinde zukünftig mit alternativen Antrieben (vorzugsweise Elektrofahrzeuge oder Fahrzeuge mit Wasserstoffantrieb) beschafft werden

können, sofern diese auf dem Markt als Serienfahrzeuge angeboten werden. Die Prüfung soll sich auch auf Fahrzeuge von externen Auftragnehmern, welche für die Gemeinde im Auftrag Arbeiten ausführen (z.B. Kehrichtabfuhr), erstrecken. Dabei ist eine Gesamtkostenrechnung inklusive der Auswirkungen auf die CO2-Bilanz der Gemeinde zu berücksichtigen. Begründung: Seit einiger Zeit werden für immer mehr Fahrzeugtypen Modelle mit elektrischen oder alternativen Antrieben angeboten. Diese haben den Vorteil, dass sie kein oder sehr viel weniger CO2 ausstossen und viel leiser sind als vergleichbare Fahrzeuge, die mit Verbrennungsmotoren ausgerüstet sind. Oft sind diese Fahrzeuge über die gesamten Nutzungsdauer betrachtet auch billiger als fossil Betriebene. Dies gilt erst recht, wenn man in Rechnung stellt, dass fossile Treibstoffe zukünftig mit höheren Abgaben belastet werden dürften. Als umweltbewusst handelnde Gemeinde soll Worb daher bei Ersatzbeschaffungen von kommunalen Fahrzeugen Elektrofahrzeuge kaufen, sofern entsprechende Modelle auf dem Markt vorhanden sind. Die Gemeinde soll auch abklären, ob für Arbeiten, welche externe Auftragnehmer für die Gemeinde ausführen, geeignete Fahrzeuge vorhanden sind. Damit können bei der nächsten Ausschreibung dieser Aufträge entsprechende Vorgaben in die Ausschreibungsunterlagen aufgenommen werden."

Einfache Anfrage der Die Mitte/glp-Fraktion mit dem Titel "Ergänzende Informationen zur Rechnung 2020"

Sitzung Nr. 404	Datum 21.06.2021	Traktandum 10	Beschlussnummer 2021/24-42	Geschäftsnummer 34409	Archivnummer 21/20
--------------------	---------------------	------------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

"2020 hat die Gemeinde Worb einmal mehr weniger investiert als geplant war. Der Investitionsstau bleibt bestehen und wird sogar jedes Jahr grösser. Auf S. 12 der Gemeinderechnung werden kommentarlos die 15 beschlossenen, aber 2020 nicht realisierten Investitionsprojekte aufgelistet. In der gleichen Rechnung folgt ab S. 49 eine lange Liste von "Beteiligungen", ohne dass aufgezeigt würde, was diese Beteiligungen die Gemeinde kosten. Wir bitten den Gemeinderat um folgende Auskünfte: 1. Warum wurden die 15 Investitionsprojekte nicht realisiert? Bitte zu jedem Projekt eine stichwortartige Begründung. 2. Welche Summe wurde den einzelnen "Beteiligungen" (ab S. 49) überwiesen? Wir bitten den Gemeinderat, künftig zu den beiden Positionen die Informationen zu liefern, die wir in den Fragen erbeten."

Bruno Fivian
Präsident

Jürg Bigler
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 13. September 2021

Jürg Bigler
Sekretär